

**Migration und
Integration**

Streik

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Juni
2009

Migration – Integration

- 3 Sprachförderung im Kindergarten**
Deutsch und interkulturelle Sprachentwicklung
von Petra Nalenz
- 4 Positive Diskriminierung oder versteckter Rassismus?**
von Günther Schedel-Gschwendtner
- 5 »Wir arbeiten oft unbewusst gegeneinander«**
Wie lassen sich Eltern mit Migrationshintergrund stärker in die pädagogische Arbeit einbeziehen?
Gespräch mit Mahmut Gergerli
- 7 Partizipation macht es möglich**
Arbeit mit Migranteneltern an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München
von Andrea Oestreicher und Thomas Siegel
- 10 Gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund**
von Mitra Sharifi
- 11 Alltagserfahrung von Azubis mit jugendlichen MigrantInnen**
von PD Dr. Iris Bednarz-Braun
- 13 Erziehung fördern statt Bestrafung fordern**
Straffällige Jugendliche mit Migrationshintergrund – Anforderungen an die Jugendgerichtshilfe
von Marianne Seiler
- 15 Integration oder zertifiziertes Radebrechen**
Zementiert die Abkehr von der bisher gültigen B1-Prüfung den Sonderstatus von MigrantInnen?
von Ernst Olbrich

Warnstreik und Streik im Sozial- und Erziehungsdienst

- 17 Fotos und Berichte aus Schwabach, Ingolstadt, Nürnberg und München**

Gewerkschaftstag 2009

- 21 Mittendrin statt nur dabei**
von Andrea Steierer und Sabine Kaul
- 23 Honorarkräfte in Nürnberg**
von Anja Ucharim

Was es sonst noch gibt

- 24 Anlassbeurteilung: Frustration statt Motivation!**
zusammengestellt von Peter Caspari
- 25 Fragen an den bayerischen Beamtenbund**
von Karin Just
- 26 a.i.d.a. – Preisgekrönter Verfassungsfeind?**
von Dorothea Weniger

Rubriken

- 28 Dies und Das**
- 30 Veranstaltungen**
- 31 Glückwünsche und Dank**
- 32 Kontakte**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Noch Streik? Oder kein Streik mehr? Wenn diese DDS im Briefkasten liegt, wissen wir mehr. Am 27. Mai findet die nächste Verhandlungsrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst mit den kommunalen Arbeitgebern (KAV) statt. Zu spät für diese Ausgabe, die zwei Tage vorher in Druck geht. Deshalb bezieht sich unsere Berichterstattung auf das, was bis dahin lief. Und das lässt sich wirklich sehen. In unerhoffter Zahl streiken Kolleginnen und Kollegen überall dort, wo die Gewerkschaften ver.di und GEW sie dazu aufrufen.

Sie wollen sich die belastenden Arbeitsbedingungen, denen sie täglich ausgesetzt sind, nicht mehr gefallen lassen. Sie lieben ihren Beruf und haben ihn ja wohl kaum in der Hoffnung gewählt, damit reich zu werden. Trotzdem ist der Berufswechsel eines der häufigsten Phänomene in diesem Arbeitsbereich. Die Vorstellung, mittlerweile bis zum Alter von 67 z. B. auf Kinderstühlchen sitzen zu müssen oder mit den Jugendlichen im Freizeitheim mit knapp unter 70 die neueste Jugendkultur zu diskutieren, treibt letztlich viele aus dem sozialen Beruf.

Sie haben auch die Nase voll von dem unerträglichen Missverhältnis zwischen der hohen verbalen Anerkennung, die ihre Arbeitsleistung in dieser Gesellschaft findet, und dem, was jeden Monat auf ihrem Konto ankommt. Dass sie zusätzlich zu ihrer täglichen harten Arbeit oft noch einen Nebenjob brauchen, um die Miete zahlen zu können – dies ist zumindest in München kein seltener Fall –, widerspricht ihrer Arbeits- und Menschenwürde. Deshalb stellen sie diese jetzt laut und unübersehbar auf der Straße wieder her.

Weil unsere Gesellschaft künftig immer mehr auf soziale Dienstleistungen angewiesen sein wird, während Produktivitätsentwicklung und ökologische Vernunft die industriellen Arbeitsplätze dezimieren, ist ein Wandel in der Wertschätzung sozialer Berufe mehr als überfällig.

Karin Just

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Friedenspädagogik • Lebenszeit/Arbeitszeit/Altersteilzeit/Freizeit – Arbeitszeitmodelle • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen/Jahrgangsübergreifende Klassen • Rechtsextremismus • SchülerInnen und Mitbestimmung • Bildung als Menschenrecht • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen im Aufwind.

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Montag und Donnerstag
von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87 E-Mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel Bert Butzke, privat und Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats

Sprachförderung im Kindergarten

Deutsch und interkulturelle Sprachentwicklung

Foto: imago/Horst Rudel

In Bayern ist für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen der Vorkurs »Deutsch 240« verpflichtend. Die pädagogischen Fachkräfte und die Lehrkräfte der Grundschulen halten die Vorkurse für Kinder mit entsprechendem Bedarf ab. Der besondere Sprachförderbedarf wird von der pädagogischen Fachkraft anhand des Bogens »Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen (Sismik)« erhoben.

Für die inhaltliche Gestaltung der Vorkurse ist eine gegenseitige Absprache von ErzieherInnen und Grundschullehrkräften notwendig. Diese Absprache kann erschwert sein, da Kindergärten in Großstädten häufig von Kindern aus unterschiedlichen Schulsprengeln besucht werden. In den seltensten Fällen befindet sich der Kindergarten in direkter Nähe zum Schulhaus, für berufstätige Eltern wird es schwierig, die Kinder zu bringen und zu holen.

Da die Grundschule drei Schulstunden abdecken muss, wird der Vorkurs häufig an zwei Vormittagen abgehalten. Zwei von fünf Vormittagen sind dadurch verplant, für die Kinder kann ein Motivationshindernis entstehen, weil sie in dieser Zeit nicht an Angeboten des Kindergartens teilnehmen können.

Der Ablauf der Sprachkurse kann kritisch gesehen werden. Die Kinder lernen in der Grundschule außerhalb ihres gewohnten Umfeldes mit ihnen fremdem Personal. Viele Kinder sind mit dieser Situation überfordert. Mit einem besseren Personalschlüssel und zusätzlichen interkulturellen Kräften könnte der Kindergarten die MigrantInnenkinder bei ihrer Sprachentwicklung intensiver begleiten und unter-

stützen, ohne sie schon ein Jahr vor Schulbeginn in Schulstrukturen zu bringen. Kontraproduktiv ist es auch, die Vorkurse auf Kosten der Förderstunden für die ausländischen Schulkinder einzurichten.

Für den Kindergartenbereich sind die anteiligen Stunden in die reguläre Kindergartenarbeit integriert, Einzelförderung und Kleingruppenarbeit gehören ebenso wie Gruppengespräche und Kinderkonferenzen dazu.

Im Kindergarten steht Sprachförderung nicht für kurzfristige Lernprogramme oder externe Anbieter, sondern zieht sich durch den gesamten Kindergartenalltag. Sprache ist Kommunikation, Teil der Identitätsbildung und Persönlichkeitsentwicklung, sie kann sich nur in der Interaktion entfalten. Spracherwerb im Kindergarten geschieht im Gruppenalltag und bezieht die Interessen und das Wissen der Kinder ein. Sprachliche Lernprozesse vollziehen sich in einem Kontext von sozialer und interkultureller Interaktion. Sie wecken Sprachbewusstsein, sensibilisieren und machen sprachneugierig.

Die Muttersprache darf nicht zurückgedrängt und zurückgesetzt werden. Mit der Muttersprache sammeln die Kinder ihr Wissen, das sie brauchen, um sich in der Welt zu orientieren und zurechtzufinden. Dieses Wissen wird auch gebraucht, um die zweite Sprache zu lernen und anzuwenden.

Sprache dient der Kommunikation, der Inhaltsvermittlung und der Inhaltsmitteilung. Voraussetzung dafür ist es, dass die Kinder Freude am Sprechen entwickeln, dass Neugier auf Wissen geweckt wird und erfahren wird, wie man

sich Wissen aneignen kann. Die Alltagssprache ist für die Kinder im Normalfall kein Problem, ein Augenmerk ist auf den Erwerb von differenzierten sprachlichen Strukturen zu legen und den Kindern einen Zugang zu Schrift, Buch und Geschichten zu schaffen.

In Kindergärten mit hohem MigrantInnenanteil ist es von besonderer Bedeutung, einen Schwerpunkt auf den Bildungsbereich Sprache und Literacy zu legen. Hierzu gehören Bilderbuchbetrachtungen, Erzählen und Vorlesen, Laut- und Sprachspiele, Reime und Gedichte, Rollenspiele, Theater, Erfahrungen mit Schreiben und Schrift. Die Kinder brauchen die Möglichkeit, selbstständig mit Buch und Schrift umzugehen.

In unterschiedlichen Projekten können die Kinder mit Sprache und Schrift in Kontakt kommen. Bei einem Waldprojekt z. B. erzählen die Kinder, was sie über den Wald wissen, welche Bäume, Pflanzen, Tiere es gibt. Unbekannte Pflanzen werden in Naturführern gesucht, Tierspuren werden abgezeichnet und im Kindergarten identifiziert. Fotos werden gemacht, ein Waldbuch wird von den Kindern gestaltet und kommentiert.

Die Mehrsprachigkeit der Kinder im Kindergarten kann für alle Kinder bereichernd sein. Beim Märchen Erzählen

entdecken sie, dass es die gleichen Inhalte in verschiedenen Sprachen gibt, Reime und Lieder können in den Herkunftssprachen der Kinder gelernt werden. Hier lassen sich auch Eltern mit einbeziehen. Die Kinder erfahren dadurch eine Wertschätzung ihrer Familiensprache. Anerkennung und Wertschätzung der Erstsprache und Kultur fördern das Selbstbewusstsein der Kinder.

Deutsch als Zweitsprache, interkulturelle Kompetenz und Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren sollten Themen in der ErzieherInnenausbildung sein.

2009 wurden bayernweit ca. 200 Sprachberater und Sprachberaterinnen eingestellt, um die Kindertageseinrichtungen bei der Reflexion und Weiterentwicklung des Bildungsbereiches »Sprache und Literacy« zu unterstützen. Erforderlich für eine gute Sprachförderung im Kindergartenbereich sind jedoch vor allem angemessene Rahmenbedingungen mit ausreichendem Personal und genügend Zeit für jedes Kind.

von **Petra Nalenz**

Erzieherin und Sozialpädagogin in München
Mitglied der DDS-Redaktion



Positive Diskriminierung oder versteckter Rassismus?

Ab kommendem Schuljahr wird das Modell »Sprachlernklassen«, das bisher im Wesentlichen Klasse 1/2 und auch 8/9 umfasst hat, auf alle Stufen der Volksschulen ausgeweitet. Dies bedeutet, dass es bei über der Hälfte der Migrationskinder zwar kleinere Klassen mit Zweitkraft geben wird, dass aber die Teilung dieser

Gruppen streng nach defizitären Maßstäben stattfinden wird. Entgegen den Beteuerungen, dass die Bildungschancen von Migrationskindern damit deutlich verbessert würden, sehen wir umgekehrt die Gefahr weiterer Isolierung und Diskriminierung, insbesondere was das soziale Miteinander betrifft.

KultusministerInnen kommen und gehen und trotz bisweilen richtiger Erkenntnisse (z. B. bessere Lernbedingungen für Migrationskinder schaffen) bleibt das alte bornierte Denken letztlich unverändert.

So auch bei der ab Herbst geplanten Ausweitung und Umetikettierung der »Sprachlernklassen« in »Deutschförderklassen«, die nun in allen Jahrgangsstufen der Volksschulen eingerichtet werden sollen (bisher nur in 1/2 und selten in 8/9).

Wieder einmal wird eine an sich lobenswerte Absicht – Begrenzung der Klassenstärke auf 25 Kinder und Teilung der Klasse in zwei Lerngruppen – durch einen defizitären Lernansatz (nicht an den Stärken, sondern an den Defiziten wird sortiert und dann gelernt) praktisch zur weiteren Selektion verwendet.

Steckt dahinter etwa die Auffassung, die deutschsprachigen Kinder wie auch die Migrationskinder sollten am besten sprachlich unter sich bleiben und Sprache als Vorbild kommt durch den Lehrer/die Lehrerin in die Kinder? Auf das soziale

Miteinander wird jedenfalls für die Hälfte der Unterrichtszeit bewusst verzichtet, den Migrationskindern fehlen die sprachlichen Vorbildkinder, die deutschsprachigen sollen wohl ungestört auf den Übergang zu Gymnasium und Realschule vorbereitet werden. Dass Sprachlernen gerade in der Grundschulzeit vor allem unter Kindern (Peer groups) und lebensweltbezogen stattfindet, spielt im Konzept des Kultusministers keine Rolle. Außerdem steht jedenfalls für die Grundschulen noch lange kein ganztägiger schulisch organisierter Lebensraum zur Verfügung, in dem soziales und sprachliches Lernen unter verschiedenen Kindern normal stattfinden könnte.

Dies gilt noch mehr für den Kindergartenbereich, wo die nur für Migrationskinder bestimmten Deutschkurse (D 160, jetzt D 240) weiterhin meist außerhalb des Kindergartens, aber in den Kernzeiten ablaufen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass diese Kurse weithin nutzlos bleiben (Pädagogische Hochschu-

le Heidelberg 2008, vgl. SZ vom 19.1.2009).

Schuld daran ist ein verengter Begriff von (korrektem) Sprachlernen, der die Kommunikationskompetenz als Leitziel verfehlt, die nur durch aktive und interaktive Sprechgelegenheiten der Kinder und der mit ihnen lebenden PädagogInnen entsteht.

Wird also die politisch korrekte »positive Diskriminierung« durch einen geheimen, im Sprachfördergewand getarnten Rassismus konterkariert? Und ist dies dem Kultusminister etwa nicht bewusst?

Wesentlich für den Lernerfolg der Migrationskinder wäre – abgesehen von einem wirklich gut ausgestatteten Kindergarten, der mindestens drei Jahre besucht wird – eine Ganztagschule von Beginn an, die mit rhythmisiertem Unterricht und sozialpädagogischen Strukturen die Lebenswelt des Kindergartens bruchlos fortsetzen könnte. So böte sie für Spracherwerb und Kommunikation quasi natürliche Voraussetzungen.

Günther Schedel-Gschwendtner

»Wir arbeiten oft unbewusst gegeneinander«

Wie lassen sich Eltern mit Migrationshintergrund stärker in die pädagogische Arbeit einbeziehen?

Der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen ist kennzeichnend für das deutsche Bildungssystem. Als PädagogInnen und Eltern erleben wir im Alltag ständig, wie wichtig die aktive Unterstützung durch das Elternhaus ist, wenn Kinder sich in Bildungseinrichtungen erfolgreich integrieren wollen.

Der Kommunikation zwischen ErzieherInnen oder Lehrkräften und Eltern wird dabei zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. Der Austausch zwischen PädagogInnen und Eltern beginnt bereits in der Kindertagesstätte. ErzieherInnen und Lehrkräfte arbeiten natürlich auch mit Eltern mit Migrationshintergrund zusammen, teilweise sehr erfolgreich. Viele Versuche scheitern aber auch, was häufig an sprachlichen Problemen oder kulturellen Missverständnissen liegt.

Ute Schmitt sprach für die DDS mit Mahmut Gergerli (vgl. Foto), der als Schul- und Bildungsberater beim Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München tätig ist, über unterschiedliche Erziehungs- und Bildungsvorstellungen und -erfahrungen.

Foto: Dr. Florian Roth

Kollege Gergerli, du kennst sowohl das türkische als auch das deutsche Bildungssystem. Wie wichtig ist Elternarbeit an Kitas und Schulen in der Türkei? Sind Eltern, die beispielsweise aus der Türkei eingewandert sind, den Austausch mit ErzieherInnen und Lehrkräften über ihre Kinder gewohnt?

Einen Austausch mit ErzieherInnen über die Entwicklung ihrer Kinder in Kindergärten oder Kindertagesstätten kennen Eltern, die etwa aus der Türkei eingewandert sind, überhaupt nicht, da es solche Einrichtungen dort nicht gibt. Die meisten Eltern haben also weder Erfahrung mit den Inhalten der frühkindlichen Erziehung und Bildung noch wissen sie, wie sie die damit arbeitenden Fachkräfte in den Einrichtungen ansprechen sollen. Unsicherheit und Zurückhaltung in der Kommunikation kann man deshalb recht häufig beobachten.

Die Tatsache, dass es Aufgabe der ErzieherInnen ist, mit den Eltern über die individuelle Entwicklung ihrer Kinder zu sprechen und gegebenenfalls Auffälligkeiten zu benennen, kann deshalb Eltern mit Migrationshintergrund befremden. Empfehlungen von ErzieherInnen, etwa zu bestimmten Therapien oder zur Betestung für bestimmte Schularten, nehmen sie häufig nicht konstruktiv auf, sondern empfinden sie als Diskriminierung und ziehen sich zurück. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, sehe ich derzeit in einem persönlichen Elterngespräch, in dem ohne Vorwürfe oder Herabsetzung der Entwicklungsstand des Kindes aus pädagogischer Sicht und vor dem Hintergrund des hiesigen Bildungssystems besprochen wird.

Was erwarten denn die Eltern, mit denen du in deiner Beratungsstelle sprichst, von Kindergärten beziehungsweise Kitas?

Da pädagogische Konzepte frühkindlicher Bildung und Erziehung vielen Eltern mit Migrationshintergrund weitgehend fremd sind, erwarten sie oft sehr wenig: dass ErzieherInnen lieb mit ihren Kindern umgehen und darauf achten, dass sie genug essen und viel spielen können. Gleichzeitig erwarten viele – und das ist ein großer Widerspruch –, dass der Kindergarten ihre Kinder adäquat auf die Schule vorbereitet. Werden sie dann darauf hingewiesen, dass ihr Kind dazu spezieller Förderung bedarf und sie auch zu Hause bestimmte Aspekte berücksichtigen sollten, reagieren sie oft mit Rückzug oder schieben alle Verantwortung auf die Einrichtung.

Was empfehlst du Eltern, wenn sie dich nach Kindergärten in Deutschland fragen?

Ich versuche, über die Möglichkeiten und Aufgaben dieser Einrichtungen aufzuklären, und weise immer sehr darauf hin, dass die Eltern sich den ErzieherInnen öffnen und nachfragen sollen, wenn sie bestimmte Vorgänge oder Aussagen nicht verstehen. Ich versuche klar zu machen, dass die Aussagen der Fachkräfte nicht als Kritik, sondern als Unterstützung zu verstehen sind.

Was können die Leitungen von Kindertagesstätten oder ErzieherInnen tun, um Eltern mit Migrationshintergrund mehr einzubinden?

Da sehe ich verschiedene Möglichkeiten. So können z. B. Einführungsveranstaltungen zum Beginn eines Kindergarten-

jahres angeboten werden, in denen die grundlegenden Inhalte und Ziele der frühkindlichen Bildung deutlich gemacht werden. Aber auch thematische Veranstaltungen während des Jahres, etwa zu Themen wie Taschengeld, Fernsehen oder Hyperaktivität, können angeboten werden. Wenn Eltern mit Migrationshintergrund an den Vorbereitungen beteiligt werden, können diese Veranstaltungen meist auch zwei- oder mehrsprachig ablaufen, was immer ein Vorteil ist. Kindergärten können Eltern mit Migrationshintergrund aber auch stärker einbeziehen, wenn sie ihnen Hospitationstage anbieten, bei denen eine Mutter oder ein Vater das pädagogische Konzept der Einrichtung kennenlernen kann.

Wenn es gelingt, ein oder zwei Eltern mit Migrationshintergrund erfolgreich einzubinden, wirken diese oft als MultiplikatorInnen, die in der Einrichtung andere Eltern aus ihrem Kulturkreis aktivieren. Ich weiß natürlich, dass das im pädagogischen Alltag oft schwer umzusetzen ist.

Wie sieht das im schulischen Bereich aus?

Eine Einbeziehung der Eltern in das Schulgeschehen, wie dies in Deutschland üblich ist, kennen die meisten Eltern mit Migrationshintergrund ebenfalls so nicht. Für sie liegt die Verantwortung für den Bildungserfolg ihrer Kinder weitgehend bei der Lehrerin oder dem Lehrer. Sie bzw. er ist für sie die zentrale Person, die entsprechende Autorität genießt, an der sich aber auch alle Kritik festmacht.

Persönliche Gespräche über die schulische Entwicklung des Kindes finden natürlich auch in der Türkei statt, aber nicht so systematisiert wie in Deutschland. Von daher beobachte ich auch hier eine Unsicherheit der Eltern und die Befürchtung, durch den Austausch über ihr Kind eine Sonderrolle einzunehmen, die für das Kind Nachteile haben könnte. Ist diese Hürde aber einmal überwunden, ist sicher die Mehrheit der Eltern mit Migrationshintergrund an einer Zusammenarbeit mit den Lehrkräften interessiert. Eine Ablehnung dieses Kontaktes gibt es sicher nicht, aber das Bewusstsein dafür, dass die Kinder die aktive Unterstützung der Eltern brauchen, ist noch nicht sehr weit verbreitet.

Der Beitrag über Elternarbeit an der Willi-Brandt-Gesamtschule in München in diesem Heft zeigt, wie es nach einigen vergeblichen Versuchen doch gelingen kann, Eltern mit Migrationshintergrund längerfristig in das Schulgeschehen einzubinden. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen in Kindertagesstätten, Schulen und außerschulischen Einrichtungen sind ebenfalls an einer kontinuierlichen Kommunikation mit Eltern mit Migrationshintergrund interessiert. Auf welche kulturellen Unterschiede sollten sie bei der Kontaktaufnahme in erster Linie achten?

Der persönliche Kontakt ist hier sicher sehr wichtig. Um die bereits beschriebenen Unsicherheiten und Hemmungen abzubauen, ist auch hier ein persönliches Gespräch, gegebenenfalls mit einem Übersetzer aus dem Bekanntenkreis, in dem Respekt und Achtung zum Ausdruck kommen, der beste Weg. Empfehlungen, etwa zu Logopädie, Hausaufgabenbetreuung oder Nachhilfe, werden gerade von Eltern mit Migrationshintergrund in einem persönlichen Gespräch eher aufgenommen als durch einen Elternbrief oder eine Ankündi-

gung beim Elternabend. In solch einem Gespräch können nicht nur die Stärken und Schwächen des Kindes benannt werden, sondern es kann auch über das deutsche Bildungssystem gesprochen werden und die Vorgaben, an die die Lehrkräfte gebunden sind. Wenn Lehrkräfte in einem solchen Gespräch selbst ihre kritische Haltung gegenüber diesem System zum Ausdruck bringen und klar machen können, dass *alle* Kinder in diesen Schulstrukturen die aktive Unterstützung der Eltern brauchen, kann es gelingen, Eltern zu aktivieren.

Das ändert aber natürlich nichts an der Tatsache, dass viele Eltern mit Migrationshintergrund ihren Kindern bei den Hausaufgaben oder dem Lernen für eine Arbeit oft nicht so helfen können wie Eltern, die selbst in diesem Schulsystem groß geworden sind. Elternarbeit kann Chancenungleichheit nicht aufheben. Aber sie kann unter Umständen helfen, die Haltung zu ändern, dass die Verantwortung für Schulerfolg allein bei der Schule liegt. Wir arbeiten da, denke ich, oft unbewusst gegeneinander.

Erlebst du diese Haltung auch noch bei EinwandererInnen der zweiten Generation, die also in Deutschland geboren und sozialisiert sind?

Ja, auch hier höre ich dieses Argument noch immer. Ich denke, das kommt noch aus dem Gefühl des Nicht-Dazugehörens und Fremdseins in der Mehrheitsgesellschaft.

Welchen Kritikpunkten von Eltern mit Migrationshintergrund am deutschen Bildungssystem begegnest du in deiner beruflichen Praxis?

Das sind wohl diesselben, die die meisten Eltern hierzulande beklagen: die frühe Selektion und die damit verbundenen Beschränkungen der persönlichen Entwicklung. In der Türkei wie in vielen anderen Ländern haben die Kinder eine längere gemeinsame Schulzeit. Zur Zeit sind es noch acht gemeinsame Pflichtschuljahre, die aber in naher Zukunft auf neun Jahre erhöht werden sollen. In der Türkei gibt es bis zur 11. Klasse ein gestuftes Schulsystem, kein gegliedertes wie hier. Von daher ist Eltern mit Migrationshintergrund die frühe Auslese hierzulande ziemlich fremd und sie erleben sie wahrscheinlich noch mehr als Abstempelung.

Damit verbunden ist natürlich der hohe Leistungsdruck – ein Kritikpunkt, den ich von vielen Eltern höre. Sie erleben die Chancenungleichheit im Schulalltag ihrer Kinder eben noch deutlicher als einheimische Eltern.

Eine zentrale bildungspolitische Forderung der GEW ist die Einführung eines Bildungssystems, das allen Kindern gleiche Entwicklungschancen bietet. Sind deiner Erfahrung nach Eltern mit Migrationshintergrund offen für diesen Standpunkt oder sind sie, wie viele deutsche Eltern, vom gegliederten Schulsystem geprägt und von Konkurrenzdenken und Leistungsdruck als Motivationsprinzip überzeugt?

Was türkische Eltern meist erlebt haben, ist, dass eine längere gemeinsame Schulzeit die gegenseitige Motivation fördert und Kinder Zeit haben, sich an der Schule zu entwickeln. Von daher stößt die Forderung »Eine Schule für alle Kinder« bei vielen Eltern mit Migrationshintergrund natürlich auf offene Ohren.

Kontakt: gergerli@gmx.de



Foto: David Ausserhofer

Partizipation macht es möglich

Arbeit mit Migranteneltern an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München

Die Statistik zeigt fast überall: Migranteneltern beteiligen sich deutlich weniger am schulischen Leben als Eltern deutscher Kinder. Dass dies jedoch kein Naturgesetz ist, beweisen die Erfolge der Elternarbeit mit MigrantInnen an der Willy-Brandt-Gesamtschule (WBG) in München.

Auch an der WBG gelang es zunächst nur sehr zögerlich, Migranteneltern am Schulalltag zu beteiligen, bis vor neun Jahren eine Katastrophe im Ursprungsland der größten MigrantInnengruppe ungeahnte Potenziale zum Vorschein brachte: Als nach dem großen Erdbeben in der Türkei Ende 1999 ein SchülerInnenaustausch von uns durchgeführt wurde, zeigten sich bei dem Gegenbesuch der türkischen Kinder aus einer Schule in Düzce die Migranteneltern äußerst engagiert. Sie organisierten ein interessantes Besuchsprogramm und unterstützten die Schule in jeder Hinsicht außerordentlich.

Durch den Besuch entstand ein Netzwerk zwischen Schule und zunächst türkischen Migranteneltern, das sich als sehr effektiv und tragfähig erwies und bald auf MigrantInnen verschiedener Herkunftsländer ausgedehnt werden konnte.

Da die WBG die positiven Auswirkungen auf das allgemeine Schulklima zu schätzen lernte und durch die PISA-Studie klar geworden war, welchen hohen Stellenwert die außerschulische Bildung für die schulische Laufbahn von Jugendlichen hat, beschloss die Schulleitung, die Elternarbeit mit Migranteneltern zu intensivieren, denn nur durch ein aktives Interesse des Elternhauses können Jugendliche zu ergänzenden Bildungsangeboten geführt werden.

So gab es ab dem Jahr 2000 eine Vielzahl von Veranstaltungen, die die Migranteneltern zu einer aktiven Teilnahme am schulischen Leben ermuntern sollten. Auch wenn es teilweise muttersprachliche Veranstaltungen waren, war doch immer das Ziel, alle Eltern der Schule zu erreichen und sie als wichtige Mitglieder der Schulgemeinschaft anzusprechen und einzubeziehen.

- Der Freundeskreis der WBG organisierte einen Sprachkurs für türkische Mütter.
- Am pädagogischen Tag des Kollegiums und bei einem Seminar im INKOM konnten sich die LehrerInnen über

die spezifische Situation von Migranteneltern und die daraus folgenden Besonderheiten in der Elternarbeit informieren.

- Anlässlich des Projekts »Mit den Augen eines Kindes«, einer Ausstellung von Fotografien türkischer Kinder aus dem Erdbebengebiet, waren alle Eltern zu einer Vernissage in der Schule eingeladen. Dieses Fest wurde auch von zahlreichen Migranteneltern besucht, die großes Interesse an der Ausstellung zeigten und mit viel Freude zur Musik einer türkischen Band tanzten. Gekocht für diese Vernissage hatten die Frauen vom Deutschlernkurs. Bei einem zweiten Fest im Eine-Welt-Haus, bei dem die Reaktionen der deutschen Kinder auf die Ausstellung präsentiert wurden, feierten wiederum viele Eltern mit der Schule zusammen.
- Bei der Elternbeiratswahl im Schuljahr 2002/03 konnte durch das bereits funktionierende Netzwerk aktiv für die Wahl von Migranteneltern in den Elternbeirat geworben werden. Zwei der gewählten Elternbeiräte organisierten nun selbstständig mehrere Elternabende für türkische MigrantInnen in deren Muttersprache.
- Im Februar 2003 fand ein Elternabend mit einer türkischen Sozialpädagogin der Initiativgruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V. statt. Dieser Abend und auch einige Folgeveranstaltungen waren sehr gut besucht und es gab engagierte Diskussionen. Ein Mitglied des LehrerInnenkollegiums war als AnsprechpartnerIn immer dabei.
- Beim Projekttag im April erklärten sich Migranteneltern bereit, einen ganzen Vormittag einer Gruppe von SchülerInnen etwas über ihre Heimat zu erzählen und mit den Kindern Tänze, Gerichte oder Spiele aus ihrer Heimat zu erproben.
- Der Elternbeirat beteiligte sich am Training von Bewerbungsgesprächen für die 8. und 9. Klassen und half damit auch Migrantenkinder bei der Vorbereitung oft harter Vorstellungsgespräche.
- Im Juli fand ein Abend mit einer türkischen Psychologin mit dem Titel »Das innere Kind« statt. Diese erklärte den

Eltern das Verhalten ihrer Kinder aus psychologischer Sicht.

- Ende Juli 2003 nahm die Schule Kontakt mit dem »ausländischen Elternverein München e. V.« auf. Schon beim Sommerfest am Ende des Schuljahres steuerte der Elternverein einige sehr interessante Beiträge bei. Ein Märchenerzähler erzählte deutsche und türkische Märchen, ein afrikanischer Musiker führte ein typisches Instrument vor, vier Frauen kochten mit den Kindern Spezialitäten aus fremden Ländern.



Foto: imago/Reinhard Kurzendorfer

- In den Sommerferien nahm die Schule Kontakt zu einer Sponsorin auf, die das Modell »Integration macht Schule« (IMS) unterstützte, das bereits an einer Schule in Neuperlach erfolgreich von der AWO durchgeführt wurde. Dieses Modell hat das Ziel, Migranteltern dazu zu ermuntern, sich in verschiedener Weise gegenseitig zu unterstützen, eigenen Hobbys in der Schule gemeinsam mit ihren Kindern nachzugehen und selbst Veranstaltungen zu organisieren, die aus ihrer Sicht wichtig sind. Dafür wurde als Helfer ein Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund von der AWO zur Verfügung gestellt, der zu bestimmten Zeiten in der Schule präsent ist. Bei diesem Modell ist wichtig, dass die Elternabende immer in verschiedenen Sprachen und gleichzeitig in Deutsch angeboten werden.
- Auch zu Beginn des Schuljahres 2003/04 fand für die türkischen Eltern der fünften Klasse ein spezieller Elternabend in türkischer Sprache statt. Themen waren das Schulsystem in Deutschland und speziell das Schulsystem der WBG. Außerdem gab es ein Treffen aller Migranteltern, die an Nachhilfe für ihre Kinder interessiert sind.
- Beim Literaturcafé Mitte Mai 2004 gab es einen Abend mit einem türkischen Märchenerzähler, an dem auch die Kinder des Deutsch-Förderkurses ihre Märchen vorlasen.

Der Abend fand unter den Migranteltern großen Zuspruch. Alle Anwesenden äußerten sich sehr positiv.

- Der Elternbeirat veranstaltete 2004 einen Elternabend zum Thema Drogenprävention, der vor allem auch bei Eltern anderer Nationalität auf großes Interesse stieß.
- Im Oktober 2004 fand ein Berufeelternabend für die HauptschülerInnen der WBG statt. In den meisten Fällen wurde zwei Tage vor dem Abend noch einmal dazu telefonisch eingeladen und auch erklärt, warum ein Kommen so wichtig sei. Dieser Anruf kurz vorher ist bei der Elternarbeit mit MigrantInnen sehr wichtig, da schriftliche Einladungen oft nicht entsprechend wahrgenommen werden. Diese Telefonate können durchaus auch von Eltern oder älteren SchülerInnen übernommen werden, so dass nicht eine Person zu sehr belastet ist.
- Aus der Zusammenarbeit mit den Münchner Kammerspielen im Projekt »Bunny Hill« entwickelte sich die Idee der »Hasenkette«. Peripherie und Zentrum werden mit 300 Holzhasen optisch in Verbindung gebracht. Hierbei leisten Eltern einen großen Teil der Vorbereitung und auch der Durchführung. Ein Angebot an Eltern und Kinder aller Kulturen.

An den Bedürfnissen ansetzen

Zu Beginn des Schuljahres 2005/06 beauftragte die Schulleitung eine Lehrerin, die klassenübergreifende Elternarbeit zu übernehmen. Es wurde eine Abfrage der Bedürfnisse der Eltern gemacht. Dabei werden von den Eltern folgende Themen gewünscht: Wie helfe ich meinem Kind sinnvoll bei den Hausaufgaben? Was geht beim Lernen im Gehirn vor? Hilfen für Alleinerziehende. Das Schulsystem in Deutschland. Wie bringe ich mein Kind zum Lesen? Pubertät – eine schwierige Zeit für alle. Rauchen, Alkohol und andere Drogen. Taschengeld. Gewalt in der Schule.

Folgende Elternabende gab es daraufhin:

- Skill für Eltern
- Übergang Schule-Beruf (Kooperation mit KOOSA)
- Sucht – Wie kann ich mein Kind am besten schützen und stärken?
- Familie lebt in vielen Formen (gerade auch bei ausländischen PartnerInnen)

Folgende türkische Elternabende fanden bis zum Ende des Schuljahres zudem noch statt:

- Depression
- Gewalt in der Schule und zu Hause
- Türkischer Leseabend
- Türkischer Liederabend

Auch 2006/07 gab es einige Aktivitäten mit Eltern:

Da der Übergang Schule-Beruf für viele Eltern eine große Herausforderung darstellt, führte die WBG wieder einen Berufeelternabend durch. Mehr als 35 Betriebe und weiterführende Schulen hatten in der Aula Stände aufgebaut und gaben den Eltern kompetent Auskunft. Hierbei wurden wichtige Kontakte geknüpft. Auch ausländische BürgerInnen standen als BeraterInnen zur Verfügung.

Der Elternbeirat schuf einen ÜbersetzerInnenpool: Für mehr als 20 Sprachen stehen in unserem Elternbeirat ÜbersetzerInnen zur Verfügung. Sie werden in einer Liste namentlich mit Adresse und Telefonnummer festgehalten.

Gegen Ende des Schuljahres gab es einen bayerischen Abend, organisiert von Elternbeirat und AWO. Viele Eltern und LehrerInnen kamen in Tracht, es gab bayerische Musik und bayerisches Essen, alles war bayerisch geschmückt. Der Höhepunkt war, als wir bayerische Tänze lernten. Eltern mit Migrationshintergrund kamen hier mit einheimischen Bräuchen in Kontakt.

Zu Beginn des Schuljahres 2007/08 gab es eine Elternbeiratsklausur, an der auch die Beauftragte der Schulleitung teilnahm. Es zeigte sich, wie wichtig dieser intensive Austausch ist, da die Lehrerin als Kennerin der Schule viele Fragen beantworten und den Eltern viele Tipps für eine sinnvolle Unterstützung geben konnte. Andererseits wurde die Schule auf viele Probleme der Eltern erst aufmerksam. Es ist bemerkenswert, dass in der Elternvertretung stets auch Eltern mit Migrationshintergrund vertreten sind.

Im Januar 2008 strichen der Elternbeirat und engagierte LehrerInnen mit 38 Eltern den Gang im 3. Stock. Es zeigte sich, dass die Migranteltern auf den brieflichen Aufruf kaum reagierten. Persönlich angerufen waren sie sehr oft bereit zu helfen. Auffallend war, wie engagiert und kompetent sie arbeiteten, und dass es für sie eine Selbstverständlichkeit war, diese Dinge in der Schule ihrer Kinder zu machen. Nach diesem Vorbild konnten noch weitere Gemeinschaftsräume sowie ein eigener Raum für den Elternbeirat gestrichen werden.

Das Schuljahr 2008 klang mit einer aktuellen Befragung aller Eltern nach Wünschen von besonderen Vortragsthemen und nach bestimmten Vortragssprachen aus.

Zu den wichtigsten Themen wird es in diesem Schuljahr gemeinsam mit der AWO und anderen Organisationen wieder Vorträge geben – und dies möglichst zusätzlich auf Türkisch.

In jüngster Zeit wird in einigen Klassen zunehmend auf die Möglichkeit von wöchentlichen Rundmails der Tutorin, aber auch der Klassenelternsprecherin an die Eltern zurückgegriffen. Es wird von den Eltern als sehr positiv aufgenommen, viele Informationen über das Schulleben zu erhalten. Oft schreiben sie auch ihre Bitten und Wünsche zurück.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass gelungene Elternarbeit an einer Schule ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Schulklimas ist. An der Städtischen Willy-Brandt-Gesamtschule wurden dazu einige tragfähige Ideen entwickelt, die auch Migranteltern ansprechen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass man alle Eltern, gleich welcher Herkunft, als wichtige Partner ernst nimmt, dass man sich für diese Aufgabe Zeit nimmt, ihre Bedürfnisse abfragt und sich daran orientiert. Nur in einer guten Zusammenarbeit mit den Elternhäusern können die SchülerInnen optimal gefördert werden.

von Andrea Oestreicher, Lehrerin an der Willy-Brandt-GS
und Thomas Siegel, Vorsitzender des Elternbeirates

Der Artikel erschien bereits im von der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e. V. herausgegebenen GGG-Magazin im Dezember 2008

Die Stiftung Seraphisches Liebeswerk sucht
zum 14. September 2009 für seine Einrichtung


LiebfrauenhausHerzogenaurach
Private Volksschule staatlich anerkannt

einen / eine

HAUPTSCHULLEHRER / IN

Die private Volksschule Liebfrauenhaus ist eine staatlich anerkannte Grund- und Hauptschule mit zurzeit 340 Schülerinnen und Schülern in 7 Grundschul- und 8 Hauptschulklassen. Die Schule ist Teil einer Komplexeinrichtung, und betreut einen großen Teil der Schüler in enger Kooperation mit dem angeschlossenen Hort, einer offenen Ganztagesbetreuung, dem Internat und einer sozialpädagogischen Gruppe. Schulträger ist das Seraphisches Liebeswerk Altötting, eine unabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, verwurzelt in der katholischen Kirche.

Wir bieten:

- die Tätigkeit an einer in einem aktiven Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess befindlichen christlichen Schule
- eine reizvolle Möglichkeit, als Klassenlehrer gerade in den Bereichen Berufsorientierung und -vorbereitung, modulare Förderung, eigenverantwortliches Lernen sowie Sozial- und Werteerziehung die eigenen Ideen einzubringen

Wir wünschen uns von Ihnen:

- hohes Engagement und Kreativität als Lehrer/in und ein überzeugtes Eintreten für die Bildungs- und Erziehungsziele einer christlichen Schule
- Offenheit für eine effektive Zusammenarbeit mit Schülern, Eltern und Mitarbeitern
- Die Kompetenz, handlungsorientiert, projektorientiert und fächerübergreifend zu arbeiten. Wünschenswert ist daher eine reformpädagogische Zusatzausbildung bzw. Erfahrung in reformpädagogischen Unterrichtsmethoden.

Voraussetzungen:

Lehrbefähigung für das Lehramt an Volksschulen oder Hauptschulen.

Wenn Sie Interesse an der beschriebenen Stelle haben, so richten Sie Ihre Bewerbung bitte an:

Private Volksschule Liebfrauenhaus

z.Hd. Herrn Michael Richter
Erlanger Straße 35
91074 Herzogenaurach
Tel. 09132 - 836620

schulleitung@liebfrauenhaus.de
www.liebfrauenhaus.de



www.slw.de

Gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund?

Spätestens seit PISA, IGLU und zahlreichen anderen Untersuchungen ist aktenkundig, was Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Fachleute aus der Integrations- und Migrationsarbeit längst wussten: Unser Schul- und Bildungssystem ist nicht in der Lage, Kinder aus MigrantInnenfamilien angemessen zu fördern. Im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund verlassen sie doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss und während sie in den Haupt- und Förderschulen überrepräsentiert sind, sind sie in den weiterführenden Schulen deutlich unterrepräsentiert.

Nun könnte man den Schwarzen Peter weiter hin- und herschieben, wie dies seit Jahren der Fall ist: Die Eltern seien schuld, die nicht mit ihren Kindern Deutsch sprechen und sich nicht für die Ausbildung ihrer Kinder interessieren. Die LehrerInnen seien schuld, da sie Vorurteile gegen MigrantInnenkinder hätten und sie diskriminierten.

Leidtragende sind aber alle: Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer. Sie alle haben mit den Rahmenbedingungen und Strukturen zu kämpfen, die nicht das einzelne Kind, seine individuellen Voraussetzungen und seine individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellen.

Die Konsequenzen aus der lange verweigerten und nun späten Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, sind für das Bildungssystem nur sehr zögernd und nicht strukturell und umfassend gezogen worden. Der frühkindlichen Sprachförderung wird zwar langsam mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Aber sowohl in diesem Bereich als auch in der Schule fehlen noch die entscheidenden Investitionen, Konzepte, Maßnahmen und personellen Ressourcen: Immer noch werden MigrantInnenkinder nur an ihren Deutschkenntnissen gemessen und bekommen früh das Gefühl, »defizitär« zu sein; immer noch werden sie weder in beiden Sprachen gefördert, noch werden ihre in einer globalisierten Welt und in einem wachsenden Europa wichtigen sprachlichen und kulturellen Ressourcen und Potenziale genutzt; immer noch werden die meisten LehrerInnen so ausgebildet, als hätten

sie eine homogene Gruppe von DeutschmuttersprachlerInnen aus der gebildeten Mittelschicht vor sich sitzen und unterrichten auch so. Andere Kinder sind im Lehrplan nicht vorgesehen und müssen oft »aussortiert« werden. Es fehlen flächendeckende Angebote rhythmisierter Ganztagschulen, vor allem im Grundschulbereich, die Kindern und LehrerInnen eine längere gemeinsame Zeit zum Lernen und gegenseitigen Kennenlernen, zur Entfaltung kultureller und sozialer Kompetenzen unabhängig vom kulturellen, sozialen und Bildungshintergrund der Familien bieten. Es fehlen immer noch interkulturell kompetente und mehrsprachige Lehrkräfte sowie Zeit- und Personalressourcen für die dringend notwendige interkulturelle Zusammenarbeit mit den Eltern. Es fehlen Kompetenzen und Rahmenbedingungen für einen Unterricht mit heterogenen Gruppen. Und immer noch erfolgt eine Selektion in der vierten Klasse und damit zu einem Zeitpunkt, der viel zu früh für den Ausbau schriftsprachlicher Kompetenzen in der Zweitsprache ist.

Die überdurchschnittlich motivierten Schülerinnen und Schüler, die engagierten und kreativen Lehrerinnen und Lehrer sowie die insistierenden Eltern, die sich trotz vieler Negativerfahrungen und Barrieren engagieren und die Hauptschule nicht als vorgegebenes Schicksal für Kinder mit Migrationshintergrund akzeptieren wollen, sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Sie schaffen es trotz eines ungerechten Systems, das es dringend im Interesse aller Kinder und der gesamten Gesellschaft zu reformieren gilt. Denn wir verschwenden nicht nur Ressourcen und Potenziale, z. B. im Bereich Mehrsprachigkeit, die in einer globalisierten Welt und in einem wachsenden Europa dringend benötigt werden.

von **Mitra Sharifi**

Ehrenamtliche Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) und stellv. Vorsitzende des Ausländerbeirates Bamberg



Einladung zur gemeinsamen Fachtagung von DGB, GEW, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY), Ausländerbeirat München

Eine gute Schule für alle – Mehrsprachigkeit als Chance

Samstag, 4. Juli 2009 • München • 9.30 - ca. 16.00 Uhr, Gewerkschaftshaus

10.00 Uhr Eröffnung mit Grußworten von Fritz Schösser, Vorsitzender DGB Bayern • Cumali Naz, Vorsitzender des Ausländerbeirates München • Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (angefragt)

10.30 Uhr **Eine Schule für alle fördert MigrantInnenkinder am besten**
Referat von Prof. Dr. Anne Ratzki, Universität Paderborn

11.15 Uhr **Mehrsprachigkeit in der (schulischen) Bildung**
Referat von Prof. Gesa Siebert-Ott, Universität Siegen

13.00 - 14.30 Uhr: Foren

- Mehrsprachigkeit und Sprachförderung in der Kindertagesstätte (mit Christa Kieferle, Staatsinstitut für Frühpädagogik)
- Elternarbeit und Mehrsprachigkeit (mit Mahmut Gergerli, Schul- und Bildungsberatung international der LH München)
- Lernen in einer freisprachigen Schule am Beispiel des Gadertales in Südtirol (ReferentIn angefragt)
- Viele Herkunftssprachen an einer Schule

15.00 - ca. 16.00 Uhr Podiumsdiskussion mit den ReferentInnen und VertreterInnen der Landtagsparteien u. a.

Nähere Infos gibt es zeitnah in der Landesgeschäftsstelle der GEW. Tel.: 0 89-5 44 08 10, E-Mail: info@bayern.gew.de

Alltagserfahrung von Azubis mit jugendlichen MigrantInnen

In öffentlichen Debatten über Migration und Integration sowie über das Verhältnis zwischen Einheimischen und Zugewanderten überwiegt eine negativ geprägte Sichtweise. Die häufigen Hinweise auf »Parallelgesellschaften« suggerieren zum einen eine misslungene Integration von Zugewanderten, indem unterstellt wird, dass sie sich von der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft abschotten. Zum anderen verdeutlichen fremdenfeindliche Attacken eines Teils deutscher Jugendlicher, dass zugewanderten Menschen ein unbehelligtes Leben in Deutschland und eine gleichberechtigte Teilhabe an politischen, sozialen und beruflichen Chancen nicht zugestanden wird. Gleichwohl verhindert die negative Sichtweise eine Zur-Kennntnisnahme der Normalität, Selbstverständlichkeit und positiven Erfahrungen des interkulturellen Zusammenlebens in Deutschland. Wie sich gelingende Interkulturalität darstellt, wird im Folgenden auf der Grundlage von qualitativen und quantitativen Befragungsergebnissen unter Auszubildenden aus industriellen Großbetrieben der Metallbranche im Rahmen des XENOS-Projekts »Auszubildende und junge ArbeitnehmerInnen werden aktiv« am Deutschen Jugendinstitut (DJI) im Jahr 2004 verdeutlicht.

Die Mehrheit der Befragten (90 %) wird in interkulturell zusammengesetzten Gruppen ausgebildet. Die folgenden Aussagen beziehen sich ausschließlich auf diese Gruppe. 44 % haben einen Migrationshintergrund, d. h. mindestens ein Elternteil ist nicht in Deutschland geboren. Mit 67 % ist die überwiegende Mehrheit der MigrantInnenjugendlichen bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen, insbesondere Jugendliche türkischer Herkunft.

Die befragten Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nehmen die interkulturelle Zusammensetzung und die Zusammenarbeit als angenehm und positiv wahr. Die große Mehrheit von ihnen (83 %) bevorzugt eine Ausbildung in interkultureller Gruppenzusammensetzung, da sie ihrer Meinung nach damit interessanter und vielfältiger ist.

Dabei stehen die MigrantInnenjugendlichen (90 %) einer multikulturellen Ausbildung noch deutlich offener gegenüber als die deutschen Azubis, die dies mehrheitlich ebenfalls wünschen, aber »nur« zu 77 % (gewerkschaftlich organisierte Azubis zu 84 %, nicht gewerkschaftlich organisierte nur zu 75 %). Die größte Zustimmung zu einer interkulturell zusammengesetzten Azubi-Gruppe äußern die Mädchen mit 96 % (Jungen 81 %).



Foto: Bert Butzke

Zusammen arbeiten verbindet

In der eigenen Azubi-Gruppe verstehen sich 85 % der Befragten (sehr) gut mit ihren Mit-Azubis anderer Herkunftskultur. Dies trifft auf MigrantInnenjugendliche noch häufiger (90 %) zu als auf die befragten Jugendlichen deutscher Herkunft (81 %). Nur 2 % verstehen sich nicht gut. Die gemeinsame Ausbildung in der eigenen Gruppe sowie das alltägliche Zusammensein und Zusammenarbeiten wirken sich positiv auf das gute Verständnis aus. Die Bewertung des interkulturellen Verständnisses verändert sich, wenn es um die Beziehungen zu Auszubildenden geht, mit denen man nicht tagtäglich und eng zusammen arbeitet. Hier gibt zwar ebenfalls die Mehrheit der Befragten (67 %) an, dass sie sich gut miteinander verstehen. Ein weiteres Viertel (28 %) zeigt sich unentschieden und mit 5 % hat sich zugleich der Anteil derjenigen, die sich nicht miteinander verstehen, verdoppelt.

Aus diesen Befunden lässt sich schlussfolgern: Je größer die alltägliche Nähe und je regelmäßiger der betriebliche Umgang miteinander sind, umso vertrauter gehen die Auszubildenden unterschiedlicher Herkunftskultur miteinander um und umso besser entwickeln sich ihre interkulturellen Beziehungen. Dies ist bei gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen etwas stärker ausgeprägt als bei nicht organisierten.

Ein höherer Schulabschluss wirkt sich nicht zwangsläufig besser auf die interkulturellen Beziehungen unter Auszubildenden aus. In der DJI-Untersuchung sind es insbesondere die HauptschülerInnen, die sich am besten mit ihren Mit-Azubis anderer Herkunftskulturen verstehen (90 % der deutschen HauptschulabsolventInnen und 93 % der MigrantInnenjugendlichen mit Hauptschulabschluss). Bei den (Fach-)AbiturientInnen ist dies zu 86 % und bei den RealschülerInnen zu 83 % der Fall. Unsere Befunde bestä-

tigen demzufolge nicht die in anderen Untersuchungen festgestellte interkulturelle Distanz bei Jugendlichen mit niedrigerem Schulbildungsniveau (vgl. Deutsche Shell-Studie 2000; Kleinert 2000).

Nicht nur das Verständnis untereinander, sondern auch alltägliche Aktivitäten, Tätigkeiten, Handlungs- und Verhaltensweisen im betrieblichen Kontext geben Aufschluss über die Qualität der interkulturellen Beziehungen unter Auszubildenden. Dazu gehören Interaktionen wie z.B. über alles Mögliche miteinander reden, sich untereinander helfen, sich beim Lernen gegenseitig unterstützen, die Pausen gemeinsam verbringen oder zusammen essen. Fast alle Befragten unternehmen solche Aktivitäten im betrieblichen Alltag sowohl mit KollegInnen der gleichen als auch einer anderen Herkunftskultur.



Die Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation hängt von vielfältigen Faktoren ab. Unsere Befragungsergebnisse zeigen u. a., dass Auszubildende aus interkulturell zusammengesetzten Arbeitsgruppen mit 75 % ein signifikant höheres Zufriedenheitsniveau aufweisen als jene, die in ausschließlich eigenkulturell zusammengesetzten Gruppen ausgebildet werden (62 %). Dies gilt sowohl für west- und ostdeutsche Jugendliche als auch für jene mit Migrationshintergrund.

Gemeinsame Freizeit

Die Kontakte unter den Auszubildenden beschränken sich nicht auf den Betrieb. Vielmehr treffen sich fast 80 % der Befragten auch privat, um einen Teil ihrer Freizeit miteinander zu verbringen. Gemeinsame Freizeitaktivitäten finden statt, um Computer zu spielen, Videos anzuschauen, Musik zu hören, miteinander zu lernen, Discos, Kinos und Kneipen zu besuchen sowie sich für gemeinsame Partys zu verabreden. Von den Auszubildenden deutscher Herkunft treffen sich zwei Drittel in ihrer Freizeit auch mit Mit-Azubis anderer Herkunftskultur. Dies ist bei MigrantInnenjugendlichen mit 83 % deutlich stärker ausgeprägt.

Das überwiegend gute und harmonische Zusammenleben im betrieblichen Alltag ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Wie im sonstigen Leben kommt es auch während der Ausbildung zu Reibereien, Streitigkeiten, Unstimmigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Personen. Dazu gehört, dass sich viele Azubis durch die Un-

disziplinertheit ihrer Mit-Azubis gestört fühlen, unabhängig von der Herkunftskultur. Jede/r zweite Befragte empfindet es als störend, wenn sich in ihrer/seiner Anwesenheit Mit-Azubis in einer Sprache unterhalten, die nicht von allen verstanden wird.

Abschließend möchte ich auf einige Unterschiede zwischen gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Auszubildenden eingehen. Von allen Befragten sind 81 % Gewerkschaftsmitglieder und 19 % nicht gewerkschaftlich organisiert. Es bestehen kaum Unterschiede zwischen GewerkschafterInnen (86 %) und nicht Organisierten (83 %) beim guten interkulturellen Verständnis in der eigenen Azubi-Gruppe. Gleichwohl stimmen mit 77 % der gewerkschaftlich organisierten Azubis der Aussage häufiger zu als nicht organisierte (68 %), eine Ausbildung in interkultureller Zusammensetzung sei vielfältiger und interessanter. Während nur 6 % der Gewerkschafter sich nie über alles Mögliche mit ihren Mit-Azubis anderer Herkunftskultur unterhalten, sind es bei den nicht Organisierten mit 12 % doppelt so viele. Unter den GewerkschafterInnen gibt es ein knappes Viertel (23 %), das keine Freunde oder Freundinnen aus anderen Herkunftskulturen hat, bei den nicht Organisierten ist es hingegen ein gutes Drittel (35 %). Während 22 % der GewerkschafterInnen meinen, MigrantInnenjugendliche nehmen deutschen Jugendlichen die Ausbildungsplätze weg, sind es bei den Nicht-GewerkschafterInnen 30 %. Zudem würden sich am Mobbing von ausländischen Mit-Azubis 13 % der Nicht-GewerkschafterInnen beteiligen, während es bei GewerkschafterInnen »nur« 5 % sind. Die hier ausgeleuchteten Negativaspekte in den interkulturellen Beziehungen unter Auszubildenden treffen in quantitativer Hinsicht auf einen nur kleinen Anteil der Befragten zu.

Interkulturalität ist Alltag der Azubis

Demgegenüber lautet ein zentrales Ergebnis unserer Untersuchung: Für die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden gehört Interkulturalität zum normalen und selbstverständlichen Alltag. Die interethnischen Beziehungen unter Jugendlichen im Betrieb kennzeichnen sich mehrheitlich durch ein gutes Verständnis, durch wechselseitiges Interesse, respektvollen Umgang miteinander und freundschaftliche Beziehungen, die bis in die private Freizeit hineinreichen. Die hier wiedergegebenen zentralen Befunde sind keine Momentaufnahme. Sie werden in ihrer Tendenz durch weitere Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts zum Thema bestätigt, deren Ergebnisse 2008 veröffentlicht wurden (siehe: <http://www.dji.de/migration>).

von PD Dr. Iris Bednarz-Braun

Leiterin der Forschungsgruppe »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben« des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München



Die Publikationen können kostenlos bei der Forschungsgruppe »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben« des DJI bestellt werden. Der vollständige Artikel sowie die Literaturhinweise sind auf folgender Internetseite zu finden: <http://www.denk-doch-mal.de/node/34>

Erziehung fördern statt Bestrafung fordern

Straffällige Jugendliche mit Migrationshintergrund – Anforderungen an die Jugendgerichtshilfe



Foto: Robert Michel

Die Auseinandersetzung mit Zu- und Einwanderung wird immer wieder auch im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität und deren Belastungen für die Gesellschaft geführt, ganz besonders in Wahlkampfzeiten.

Regelmäßig wird eine Verschärfung des Jugendstrafrechts gefordert, Erkenntnisse der Kriminologie sowie der Pädagogik werden dabei ignoriert. So fand die letzte große Auseinandersetzung um junge StraftäterInnen mit Migrationshintergrund zeitgleich mit dem Landtagswahlkampf in Hessen und dem Kommunalwahlkampf in Bayern Ende 2007/Anfang 2008 statt. Immer wieder wird die Frage gestellt, ob – und wenn ja, warum – Jugendliche nicht deutscher Herkunft in stärkerem Maße straffällig werden. Gibt es einen Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und Delinquenz oder sind ganz andere Aspekte entscheidend? Diese Fragen muss sich auch die Jugendhilfe stellen und darüber hinaus, welche Möglichkeiten es im Jugendgerichtsverfahren gibt, um auf die besondere Situation von Zuwandererjugendlichen einzugehen.

Entwicklung des Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Im Strafrecht der meisten Länder, so auch in Deutschland, existieren eigene strafrechtliche Bestimmungen für den Umgang mit jugendlicher Delinquenz, die auf die besondere Situation der Heranwachsenden in der Gesellschaft abstellen. Derzeit wird im EU-Bereich auf eine Vereinheitlichung der Gesetze hingearbeitet.

Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen ist auch unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, ob es sich um eine einmalige, nicht schwerwiegende Verfehlung, einen »Ausrutscher« innerhalb der Persönlichkeitsentwicklung handelt oder ob Anzeichen für beginnende Fehlentwicklungen oder manifeste Störungen in der Sozialentwicklung vorliegen. Um diesen erzieherischen Gesichtspunkten gerecht zu werden, wurde erstmals 1923 mit dem seither mehrfach veränderten Jugendgerichtsgesetz (JGG) ein spezielles Jugend-

strafrecht geschaffen. Bevor eine Jugendstrafe ausgesprochen wird, hält das Gesetz eine Palette von Maßnahmen bereit: Verwarnung, Weisungen hinsichtlich Ausbildung oder Arbeitsstelle, Wiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich, gemeinnützige Sozialdienste, Betreuungshilfe, soziale Trainingskurse, Verkehrserziehungsunterricht, Geldauflagen und Jugendarrest.

Ziel ist in jedem Fall eine erzieherisch angemessene Reaktion, die die Wahrscheinlichkeit von Wiederholungstaten möglichst gering hält.

Jugendgerichtshilfe (JGH) im Schnittpunkt von Jugendhilfe und Justiz

Das Jugendamt hat als Fachbehörde die Aufgabe, im Jugendgerichtsverfahren mitzuwirken oder diese Aufgabe an freie Träger zu delegieren. In München werden Fälle von straffälligen jungen Migrantinnen und Migranten bei Bedarf an die Beratungsdienste der Arbeiterwohlfahrt gGmbH mit ihren muttersprachlichen Fachkräften abgegeben.

Von Beginn an prüft die JGH im Kontakt mit den jungen Menschen und in der Regel auch mit deren Eltern, gegebenenfalls auch mit weiteren Bezugspersonen, ob Leistungen der Jugendhilfe oder andere soziale Maßnahmen in Betracht kommen. Dabei stellt sich die Frage, ob vorhandene Jugendhilfeangebote interkulturell geöffnet, d. h. auch für Migrantinnen und Migranten leicht zugänglich sind.

Die jungen Menschen und ihre Erziehungsberechtigten werden im gesamten Verfahren beraten und unterstützt, etwa durch Informationen über den voraussichtlichen Verfahrensablauf und die weiteren Konsequenzen, darüber, wie die Jugendlichen selbst durch Schadenswiedergutmachung aktiv an einer Begrenzung der Folgen für sie selbst und die Geschädigten mitwirken können, oder durch Gewährung, Organisation oder Vermittlung von weitergehenden Hilfen. Die Jugendgerichtshilfe liefert Entscheidungshilfen für Staatsanwaltschaft und Gericht in sämtlichen Stadien des

Verfahrens, also z. B. hinsichtlich möglicher Einstellung, bei drohender oder erfolgter Untersuchungshaft oder Entwicklung von U-Haft-Alternativen. Vor dem Urteilspruch werden die erzieherischen, sozialen und sonstigen jugendhilfe-relevanten Gesichtspunkte durch die Jugendgerichtshilfe dargelegt, soweit sie Einblick erhalten konnte, denn die Inanspruchnahme der Jugendgerichtshilfe ist freiwillig.

Nach der Verhandlung vermittelt die JGH die Übernahme von Betreuungsaufgaben und informiert das Gericht darüber, ob auferlegte Pflichten und Maßnahmen erfolgreich waren.

Delinquenz im Jugendalter

Junge Menschen sind bei quantitativer Betrachtung überproportional häufig als Straftäter auffällig. Diese »Höherbelastung« ist aber keine Besonderheit unserer Gegenwart, sondern wurde in jeder Generation beobachtet, d. h. die sogenannte »age-crime-Kurve« besitzt dauerhaft Gültigkeit. Die Kurve besagt, dass erstens Kriminalität vor allem ein männliches Phänomen ist und zweitens nach der hohen Belastungszeit zwischen 15 und 25 Jahren die Kurve wieder steil nach unten geht – und das bei allen Bevölkerungsgruppen.

»Es kann als gesichert gelten, dass nicht einzelne Faktoren, die für sich immer nur mäßige Auswirkungen haben, hierfür relevant sind. Entscheidend sind die Kumulation von Risikofaktoren und das Fehlen entsprechender, zeitgerecht verfügbarer schützender und abpuffernder Einflussgrößen. Bedeutsam sind zum einen (...) vor allem Einflüsse der familiären Sozialisation, hier insbesondere die Eltern-Kind-Bindung sowie Gewalterfahrungen im familiären Nahraum. Gerade in diesem Bereich zeigt sich die enge Verknüpfung von Opfererfahrungen und Tathandeln: Vor allem jene jungen Menschen, die als Kinder unzureichend gefördert wurden, hohen Belastungen ausgesetzt waren und selbst Opfer von Gewalt wurden, weisen ein erhöhtes Risiko langfristig krimineller Entwicklung auf. Daher gilt grundsätzlich, dass Kinder und Jugendliche nicht so sehr als Täter, sondern vielmehr als Opfer unserer gesteigerten Aufmerksamkeit und Zuwendung bedürfen.« (Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, November 2006, Seite 57)

Jugendgerichtshilfe für junge MigrantInnen

Der Berichterstattung sowie den Ahndungsvorschlägen der Jugendgerichtshilfe kommen im Verfahren große Bedeutung zu. Um den speziellen Problemlagen von jugendlichen Migrantinnen und Migranten gerecht zu werden und entsprechende Stellungnahmen erstellen zu können, sind vertiefte Kenntnisse über ausländerrechtliche, migrations-spezifische und interkulturelle Fragen unabdingbar. Je nach Aufenthaltsstatus sind das Zuwanderungsrecht und die Asylgesetzgebung zu beachten. Ist das gesamte Straf- und Justizsystem für Jugendliche bereits schwierig zu durchblicken, so bilden Sprachprobleme eine weitere Hürde. Deshalb sind

sprachkompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im besten Fall eigene Migrationserfahrung haben, wichtig.

Welche Delikte sind bei nicht deutschen Jugendlichen am häufigsten? Nach der Kriminalitätsstatistik 2006 wurde in den meisten Fällen (29,5 Prozent) wegen Körperverletzung ermittelt, gefolgt von Ladendiebstahl mit 22,9 Prozent. Bei deutschen Jugendlichen liegen diese beiden Delikte mit jeweils rund 23 Prozent vor der Sachbeschädigung (18,9 Prozent). Interessanterweise ist dabei die Delinquenz-Belastung bei der zweiten und dritten Generation höher als bei der ersteingewanderten Generation. »Das Erlebnis fehlender Akzeptanz und Gleichbehandlung mit Deutschen wird als Diskriminierung erlebt und erzeugt Konflikthaltungen«, heißt es im Sicherheitsbericht der Bundesregierung von 2006.

Schlussfolgerungen

Welche Erklärungsansätze gibt es für eine höhere Kriminalitätsquote bei nicht deutschen Jugendlichen? Wie bei allen jugendlichen StraftäterInnen belasten soziale Probleme und Gewalt in der Familie die Entwicklung. Gerade auch in zugewanderten Familien kommt Gewalt vor. In diesem Zusammenhang können Vorstellungen von Männlichkeit und Ehre eine Rolle spielen und zu Konflikten führen. Von ExpertInnen werden auch ein unsicherer Aufenthaltsstatus und Ausgrenzungserfahrungen als Belastungsfaktoren genannt.

Alle Bildungsstudien belegen weiterhin eine starke Bildungsbenachteiligung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Straffällig gewordene Jugendliche haben zu einem überproportional großen Teil keinen oder nur einen geringen Schulabschluss.

Wolfgang Heinz, bis 2007 Professor für Kriminologie und Strafrecht an der Uni Konstanz, beklagt in der öffentlichen Debatte um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts das Versagen der Politik im Bereich der Prävention. Schon 1983 habe der Bundestag vor einem Abgleiten vieler MigrantInnen der zweiten Generation gewarnt, weil ihnen Orientierung und Beschäftigung fehlt. Es wurde versäumt, in präventive Maßnahmen zu investieren, und stattdessen eine Strafrechtsdebatte angezettelt. Dem Vorwurf, das Jugendstrafrecht sei zu mild, treten ExpertInnen entschieden entgegen. Dem JGG steht eine differenzierte Palette von Maßnahmen zur Verfügung, die den jeweils unterschiedlichen Lebenslagen von Jugendlichen weit mehr gerecht werden können als das Erwachsenenstrafrecht. Es hat somit die besseren Möglichkeiten, die Rückfallwahrscheinlichkeit zu senken, und dies ist der beste Opferschutz, den das Strafrecht leisten kann.

von Marianne Seiler

Dipl. Sozialpädagogin (FH), Mediatorin
Leitung des Fachbereichs Jugendhilfe bei den Beratungsdiensten der AWO München gGmbH



Integration oder zertifiziertes Radebrechen?

Zementiert die Abkehr von der bisher gültigen B1-Prüfung den Sonderstatus von MigrantInnen?

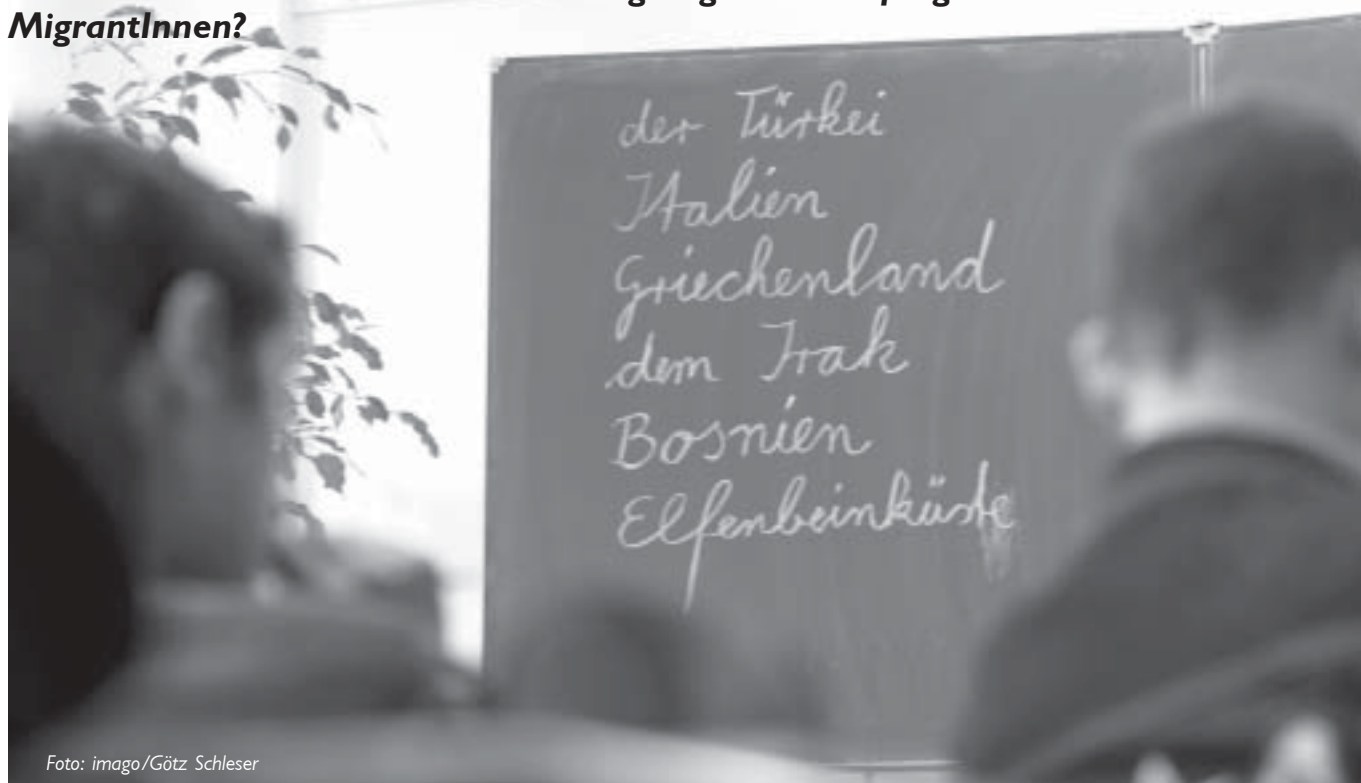


Foto: imago/Götz Schleser

Die Geschichte der mit dem sogenannten Zuwanderungsgesetz 2005 eingeführten Integrationskurse ist eine Historie der Widerstände dagegen. MigrantInnenorganisationen und Flüchtlingsverbände wandten sich schon früh beispielsweise gegen die Bezeichnungen »Sprachförderung« und »Integrationskurse«, da diese – so der Flüchtlingsrat Berlin – der Behinderten- und Kleinkindpädagogik entstammten¹. Sowohl der unzureichende Umfang der staatlich geförderten Stundenzahl als auch die ausschließliche Beschränkung auf die »Sprachförderung« als *dem* Königsweg der Integration ohne weitere flankierende Integrationsangebote führten zu scharfer Kritik. Betrachtet man die Bilanz der ersten zwei Jahre Integrationskurse, wie sie vom federführenden Bundesamt für Migration und Flüchtlinge publiziert wurde, kann man nicht einmal in dieser Hinsicht von einem gelungenen Modell reden:

Jahr	Teilnehmerinnen insgesamt	KursabsolventInnen	Prüfungsteilnehmerinnen	Bestanden	% der KursabsolventInnen	Nicht bestanden	% der KursabsolventInnen
2005	130.728	31.478	17.482	12.751	38,6	5.331	16,9
2006	117.954	76.401	50.972	36.599	47,9	14.353	18,7

Quelle: www.bamf.de > Integration in Zahlen - 2006

Im Klartext besagen diese Zahlen, dass 2005 62,4 % und 2006 immerhin noch 52,1 % der KursabsolventInnen ohne bestandene B1-Prüfung dastanden, wobei diese Zahlen noch gar nicht in Relation zur viel größeren Menge der KursanfängerInnen gesetzt sind. Erfolg sieht anders aus!

gerInnen gesetzt sind. Erfolg sieht anders aus!

Wofür soll dieser Befund ein Indikator sein, wenn nicht dafür, dass die bisherigen Anstrengungen, EinwandererInnen ein wirksames Sprachkursangebot zu machen, nicht ausreichend sind, und zwar sowohl, was den Umfang von 600 (inzwischen ggf. auf 900 aufzustockende) Unterrichtseinheiten angeht, als auch, was die Förderung von Menschen betrifft, die durch ihre Herkunft, soziale Lage, spezifische sprachliche und bildungsmäßige Voraussetzungen besondere Schwierigkeiten beim Erwerb einer Fremd-/Zweitsprache zu bewältigen haben?

Die Ohren der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sind jedoch in den vergangenen Jahren weitgehend taub gewesen für die berechtigte Kritik von Lehrkräften und Gewerkschaften. Kein Wunder, herrscht doch z. B. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als zentraler

Instanz der Migrationspolitik ein bemerkenswerter Begriff von sprachlicher Integration vor, wenn man dort feststellt:

»Teilnehmer der Prüfung ›Zertifikat Deutsch‹ zeigen auf der unteren Stufe des

Bereichs ›Selbstständige Sprachverwendung‹ (B1), dass sie sprachliche Probleme des Alltags flexibel bewältigen können, indem sie zum Beispiel ein Gespräch aufrecht erhalten und in alltäglichen Situationen ausdrücken können, was sie sagen möchten. Ihr Wortschatz reicht aus, um sich, wenn auch manchmal zögernd und mit Hilfe von Umschreibungen, über Themen wie Familie, Hobbys und Interessen, Arbeit, Reisen und aktuelle Ereignisse unterhalten zu können.«

¹ Siehe bdwi.de/forum/archiv/277883.html

Vielfältige Beschwörungen in der Öffentlichkeit verkündeten in den letzten Jahren, für die Integration in die bundesdeutsche Arbeitswelt sei die Beherrschung der Sprache das Nonplusultra. Dass nun die Zertifizierung eines Sprachgebrauchs, der es »wenn auch manchmal zögernd und mit Hilfe von Umschreibungen« erlaubt, über dies und das zu plaudern, Integrationserfolge bescheinigen soll, deutet eher auf eine erhebliche Bescheidenheit bei den anvisierten Integrationszielen hin. Kein Wunder, ist die Bundesrepublik doch seit den Anfängen der Einwanderung ihrer Devise treu geblieben, die für die Eingewanderten aufzuwendenden Sozialkosten niedrig zu halten, um ihren Aufenthalt hier für das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) lohnend zu gestalten.

Nachdem es in den Siebziger- und Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts misslungen ist, die Eingewanderten zu Discountpreisen wieder an die Herkunftsadresse zurückzuschicken, sieht man sich seit einigen Jahren gezwungen, wenigstens Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, den behördlichen Umgang mit den »MigrantenInnen« sprachlich zu erleichtern. Denn immer noch besteht die Kernwahrheit von deren Lebensumständen darin, dass sie in disproportional hohem Anteil in Billigjobs arbeiten, daher einer erhöhten Gefährdung ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitsplätze unterliegen, folglich in entsprechendem Ausmaß von Krankheit und Arbeitslosigkeit betroffen sind und so auch zum »Vorzugspublikum« der Arbeitsverwaltung und Sozialbehörden gehören.

Statt internationalen Qualitätsansprüchen zu genügen ...

Bekannt ist, dass die Bundesrepublik sich in den letzten Jahren wegen der hierzulande hohen Korrelation von Scheitern im Bildungssystem und »Migrationshintergrund« wiederholt international Rüffel geholt hat. Jedoch von der ehemals offiziell geforderten »Bildungsoffensive« keine Spur! Stattdessen regiert der Minimalismus.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung: Die Einführung eines neuen Abschlusstests für die Integrationskurse ab dem 1.7.2009 anstelle des bisher gültigen B1-Zertifikats. Dass hier der Wille zur statistischen Schönheitsoperation zielführend war, liegt nahe, schaut man sich die Umstände näher an.

Der zur Bilanzkosmetik verwendete Trick ist einfach: Man hat ein neues Prüfungsformat konstruiert, einen sogenannten »skalierten Test«, der es ermöglichen soll, in den verschiedenen Kompetenzbereichen positive Prüfungsergebnisse auch auf einem niedrigeren Niveau als B1 zu erzielen. In der Sprache des Deutschen Volkshochschulverbandes: »Als Ergebnis erhalten die Teilnehmenden, sofern sie mindestens die Lernziele der Stufe A2 erreicht haben, eine Einstufung entweder in die Stufe A2 oder die Stufe B1 des »Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen« (GER). Auch Prüfungsteilnehmende, die nach dem Integrationssprachkurs noch nicht die Stufe B1 erreicht haben, werden also in Zukunft nicht mit leeren Händen nach Hause geschickt [...]«

Was ist es nun, was die PrüfungsabsolventInnen mit dem

Erreichen der Stufe A2 im »Sprachtest für Zuwanderer« »nach Hause« mitnehmen dürfen?

... senkt man das nationale Niveau

Im »Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen« des Europarates (gestaffelt nach Kompetenzstufen A1, A2, B1, B2, C1, C2) beginnt der Bereich der »Selbständigen Sprachverwendung« mit B1. Die Niveaustufe A2 ist im Feld der »Elementaren Sprachverwendung« angesiedelt und die Fähigkeiten von AbsolventInnen dieses Grades wird u. a. wie folgt beschrieben: »Kann sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch von Informationen über vertraute und geläufige Dinge geht. Kann mit einfachen Mitteln die eigene Herkunft und Ausbildung, die direkte Umgebung und Dinge im Zusammenhang mit unmittelbaren Bedürfnissen beschreiben.« Für die Aufnahme eines Studiums ist C2 unbedingte Voraussetzung. Schon eine qualitätsvolle berufliche Ausbildung wird sich mit Sprachkenntnissen unter B2 nicht erfolgreich bewältigen lassen. Unter dem Aspekt der Integration von EinwandererInnen ist ein Zeugnis, das Kenntnisse gemäß A2 bescheinigt, nichts weiter als ein Placebo. Und so ist es wohl gedacht, wenn die mit der neuen Prüfung vorzunehmende Aufweichung bisheriger Qualitätsvorstellungen ins Werk gesetzt wird. Wobei die therapeutische Wirkung wohl eher der Heilung oben erwähnter statistischer Wunden gilt.

Verbesserungen nicht in Sicht

Dass die Große Koalition nicht an eine Verbesserung der Bedingungen denkt, die in mangelnden Lernerfolgen resultieren, machten ihre im Innenausschuss federführenden Mitglieder durch die Beschlussempfehlung vom 3.12.2008 an das Bundestagsplenum klar, den FDP-Antrag zur Verbesserung der Integrationskurse abzulehnen. Der Antrag sah u. a. eine Verkleinerung der Lerngruppen, zusätzliche Stunden sowie Förderangebote und eine Öffnung des Integrationskursprogramms auch über die Stufe B1 hinaus vor. Stattdessen – kostengünstig, wie sich versteht – die Tendenz zu dauerhafter Niveauabsenkung! Das hierbei naheliegende Ziel, sich nicht länger als zur Befriedigung optischer Bedürfnisse erforderlich mit den »Ausländern« aufzuhalten, sollte auch den Lehrenden zu denken geben – was die Zukunft ihres Berufes angeht, ist die Gegenwart doch schon katastrophal genug! Dagegen gilt es, gerade auch in Zeiten der Krise, das Bewusstsein wach zu halten, dass jede politisch aufrechterhaltene und vertiefte Spaltung der arbeitenden Bevölkerung, wie sie auch durch die Schaffung unterschiedlicher Bildungsstandards geschieht, entschieden zu bekämpfen ist.

Die Anstrengungen gegen die ausgrenzende »Integrationspolitik« bisherigen Stils dürfen auf keinen Fall nachlassen.

von Ernst Olbrich

VHS Frankfurt



Warnstreiks in den Kitas am 6. Mai 2009

Schwabach

Die Eltern der Kinder des Waldemar-Bergner-Kindergartens in Schwabach äußerten durchgehend Verständnis dafür, dass die Erzieherinnen dem GEW-Aufruf, für einen Gesundheitstarifvertrag zu streiken, gefolgt sind (nebenstehendes Foto von Robert Schmitt drucken wir mit freundlicher Genehmigung des Schwabacher Tagblattes).

Erst vor der Kita und anschließend auf der regionalen Demonstration in Nürnberg, zu der ver.di und die GEW aufgerufen hatten, verschafften sie ihrer Forderung Nachdruck: Sie wollen Arbeitsbedingungen, die ihrer Gesundheit dienlich sind.



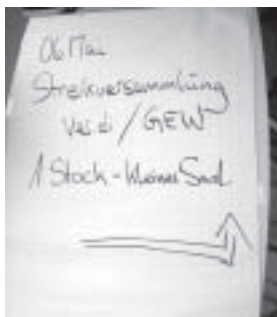
Nürnberg

Da waren sie sich mit den KollegInnen auf der Nürnberger Kundgebung einig. Alle wissen, dass sie ihr Arbeitsleben nur durchstehen, wenn sich bald etwas ändert. Günther Schedel-Gschwendtner vom Sozialpädagogischen Büro der GEW erläuterte das anhand von Details und erhielt große Zustimmung (s. u. rechts).



Ingolstadt

Angemeldet hatten sich ca. 60 KollegInnen aus Kitas in Ingolstadt und dem Landkreis Pfaffenhofen. Deshalb wurde die Warnstreikversammlung im Gewerkschaftshaus abgehalten. Aber es kamen dann ca. 120 KollegInnen. Die ver.di-Geschäftsführerin Steffi Kempe begrüßte die KollegInnen und referierte über die Forderungen zum Tarifvertrag für die Gesundheitsförderung. Der GEW-Kreisvorsitzende Manfred Lindner sowie der DGB-Vorsitzende Karl-Heinz Katzki sprachen Grußworte. Wolfgang Nördlinger, Vorsitzender der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern, erklärte anhand von Grafiken die Entgeltforderungen der Gewerkschaften für den Sozial- und Erziehungsdienst im Vergleich zum alten BAT und den »Angeboten« der Arbeitgeber sowie die Folgen, die dieses schlechte Angebot für das Auskommen hätte. Er summierte den monatlichen Brutto-Minderdienst, rechnete ihn für 10 und 20 Arbeitsjahre hoch und konnte somit die Einkommensverluste mit den Negativfolgen für die spätere Rente darlegen.



Nicht nur der Warnstreik letztes Jahr für eine Lohnerhöhung, sondern auch der aktuelle Warnstreik haben deutlich gezeigt, dass unsere KollegInnen für mehr Gesundheitsförderung und eine bessere Entgeltordnung zu mobilisieren sind, weil sie genau wissen, was die Umsetzung für sie bedeutet.

Die Zusammenarbeit und die Abstimmung während des Warnstreiks mit ver.di klappten in Ingolstadt vorbildlich. Eine solidarische Kooperation auf gleicher Augenhöhe ist eindeutig ein Erfolgsmodell.





Unerwartet hohe Beteiligung der Beschäftigten aus Kitas und sozialpädagogischen Einrichtungen an den Streiks in Bayern

Dabei lag der Schwerpunkt eindeutig in München. Hatten sich hier bereits am 6. Mai über 2000 Beschäftigte an der Kundgebung am Stachus beteiligt, legten nun am 18.05.2009 mehr als 2500 Beschäftigte in über 200 kommunalen Kitas die Arbeit nieder. Am 19.05.2009 erfolgte der Streikaufruf an alle Einrichtungen des Sozial- und Erziehungsdienstes, dem Beschäftigte aus über 270 Einrichtungen folgten. Viele Kitas, Horte und Tagesheime wurden komplett geschlossen. Mehr als 3000 Kolleginnen und Kollegen zogen zur zentralen Kundgebung nach Riem. Aber nicht nur die Beschäftigten aus Kitas und anderen sozi-

alpädagogischen Einrichtungen haben ihren Forderungen durch ihre Beteiligung Ausdruck verliehen, auch viele Eltern unterstützten die Streikaktionen. In Riem sprachen unter anderem zwei Elternvertreterinnen, die kritisierten, dass Bildung zu wenig gefördert und der frühkindliche Bildungsbereich unzureichend ausgebaut wird. Die RednerInnen aus dem sozialpädagogischen Bereich stellten besonders heraus, dass die physischen und vor allem psychischen Belastungen in vielen sozialen Bereichen enorm sind. In den meisten Einrichtungen steigt die Quantität der Aufgaben, für die viel zu wenig Personal zur Verfü-



18./19. Mai: Erste Streikwelle auch in Nordbayern

Nürnberg: 80 Einrichtungen der städtischen Kinder- und Jugendhilfe am Montag bestreikt, ca. 50 waren von GEW aufgerufen • Elf Kindergärten am bayerischen Untermain im Ausstand • Weitere Streikaktionen in Erlangen, Fürth, Schwabach und im Landkreis Würzburg

Es dürfte nicht überraschen, dass das Epizentrum der Streikwelle in Nordbayern im Raum Nürnberg-Fürth-Erlangen lag. Laut Presseberichten waren rund 80 – manche Medien reden auch von drei Viertel – der 120 städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Nürnberg am Montag wegen des Streiks der Erzieherinnen und Erzieher geschlossen. In einer Einrichtung hatte der Arbeitgeber Streikbrecher aus anderen Einrichtungen eingesetzt, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Das konnte die Welle allerdings nicht brechen. Mehr als 1000 ErzieherInnen, Eltern und Studierende beteiligten sich am gemeinsamen Protestzug von GEW und ver.di. Bei der Kundgebung vor dem Nürnberger Rathaus zeigten die Protestierenden unter ohrenbetäubendem Pfeifkonzert den kommunalen Arbeitgebern die Rote Karte. Fast alle der von der GEW aufgerufenen Einrichtungen hatten am Montag und Dienstag ihre Türen geschlossen. Auch aus dem Umland waren die Streikenden nach Nürnberg gekommen, um sich in die Streiklisten einzutragen und an der Streikversammlung teilzunehmen. Die Erzieherinnen und Erzieher organisierten selbst spontan Workshops zu Themen wie Streikrecht, Leistungsentgelt und Bezahlung

in der sozialen Arbeit. Nur 94 von insgesamt sonst 6300 Kindern mussten laut nn-online am Montag in Notdiensten betreut werden.

Unterstützung kam auch aus Schwabach: Hier wurde der Waldemar-Bergner-Kindergarten bestreikt. Über 80 Prozent der Kolleginnen waren dem Streikaufruf der GEW gefolgt. Nicht nur in Schwabach unterstützt der Elternbeirat ausdrücklich die Forderungen der GEW. Die Reaktion der Eltern war überall durchwegs positiv.

Über 300 ErzieherInnen aus Kitas, Kindergärten, der Jugendhilfe und Spiel- und Lernstuben hatten sich dem Demonstrationzug von ver.di und GEW in Erlangen angeschlossen. Mehr als die OrganisatorInnen erwartet hatten. In Fürth hatten am Montag vier von etwa 20 Einrichtungen geöffnet, über 100 KollegInnen traten in den Streik. Am von ver.di organisierten Demonstrationzug beteiligten sich laut Polizeiangaben ca. 170 Personen durch die Fürther Innenstadt bis zum Rathaus.

Der Arbeitskampf der Beschäftigten in den sozialen Berufen hat auch den bayerischen Untermain erreicht. Von 7 bis 9 Uhr legten am Dienstag die ErzieherInnen der kommunalen Kindergärten von Erlenbach, Elsenfeld, Obernburg und Mömlingen die

Arbeit nieder. Die Elsenfelder GEW-KollegInnen hatten es geschafft, die Belegschaften aller fünf kommunalen Kindergärten in den Nachbarort nach Erlenbach zu mobilisieren, wo sie sich den Streikenden aus den dortigen vier Einrichtungen anschlossen. Auch die Kolleginnen und Kollegen aus Mömlingen und Obernburg hatten ihre Kitas vorübergehend dicht gemacht, um in Erlenbach zu protestieren. Über 100 ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und Eltern waren so zur Kundgebung in der Fröbelstraße gekommen. Eine Aschaffenburg ver.di-Sekretärin und die Bezirksvorsitzende der GEW Unterfranken führten die Streikversammlung gemeinsam durch. Für Härtefälle war in den Kindergärten ein Notdienst eingerichtet worden.

Auch im Landkreis Würzburg hatten ErzieherInnen, nämlich die der Kindergärten in Erbshausen und Rieden, am Dienstag die Arbeit niedergelegt und waren vom Main bis an die Donau nach Ingolstadt gefahren, um sich dort an den Protestaktionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu beteiligen.

von Reinhard Frankl

Vorsitzender der GEW Aschaffenburg
Mitglied im Landesverband der GEW Bayern

Auch an den Unis Proteste: Die Studiengebühren müssen weg!



Die GEW unterstützte die Kundgebungen gegen Studiengebühren, die am 13. Mai in ganz Bayern Studierende, SchülerInnen und Eltern auf die Straße brachten. Zehn Demonstrationsorte verband der Leitspruch »Gemeinsam gegen Gebühren«.

Studiengebühren sind nur eine von vielen sozialen Hürden im deutschen Bildungssystem. Ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene: Der Zugang zu Bildung darf nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängen! Die 2007 eingeführten Studiengebühren sind Bestandteil derselben marktliberalen Agenda, die jetzt in die weltweite wirtschaftliche Krise geführt hat. In Österreich und Hessen wurden die Gebühren bereits wieder abgeschafft, auch in



Sachsen und Thüringen hat sich die CDU gegen Gebühren ausgesprochen. Mit unserer Unterstützung der Proteste bestärken wir den bestehenden gesellschaftlichen Trend gegen Studiengebühren.

Die GEW setzt sich seit ihrer Gründung entschlossen für Chancengleichheit im Bildungssystem ein. Die Einführung von Studiengebühren hat sie von Anfang an entschieden abgelehnt. So wird die GEW wegen Verletzung des von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakts durch Studiengebühren den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen anrufen. Näheres unter:

http://gew.de/GEW_wird_Vereinte_Nationen_in_Genf_anrufen.html



Gewerkschaftstag 2009:

Mittendrin statt nur dabei

*Der jüngste Teilnehmer war Janosch aus Weiden. Seine beiden Begleiterinnen sind auch die Autorinnen des folgenden Berichtes. (links Andrea, rechts Sabine)
Foto: Kay Herschelmann*

Dies ist ein persönlicher Erfahrungsbericht, der die Eindrücke von zwei Delegierten darstellt und euch einen kleinen Einblick in den Ablauf eines bundesweiten Gewerkschaftstages geben soll.*

Alle vier Jahre findet der Gewerkschaftstag der GEW statt, ein bundesweites Gremium, welches aus 432 Delegierten besteht und inhaltlich und politisch richtungsweisende Beschlüsse für die Zukunft der GEW trifft und den Hauptvorstand neu wählt.

Klingt alles recht hochtrabend und weit entfernt. Ist es aber nicht, wie wir festgestellt haben.

Nach zwei LandesvertreterInnenversammlungen in Bayern und diversen anderen Treffen und Arbeitsgruppen auf Landesebene sowie der Arbeit vor Ort war dies für uns ein weiterer Schritt inhaltlicher Arbeit in der GEW. Und wir können jetzt schon sagen: Es hat sich gelohnt und das nächste Mal wären wir wieder gerne dabei.

Im Vorfeld trafen etliche Unterlagen bei den Delegierten ein. Ein Vortreffen der Delegierten von Bayern fand statt. Wir hielten kleinere Vorbereitungstreffen ab, schmökerten hunderte Seiten mit Anträgen und Berichten und setzten uns mit der Satzung auseinander.

Am Samstag, den 25.4.2009 fing der Gewerkschaftstag an.

Ein massives Sicherheitsaufkommen empfing uns dank Herrn Steinmeier, welcher die Eröffnungsrede hielt. Man konnte kurz den Eindruck haben, es handele sich um eine reine Wahlkampfveranstaltung der SPD. Dieses bestätigte sich allerdings nicht. Die Delegierten gingen, nicht nur mit Herrn Steinmeier (aber dort besonders), sondern auch mit Frau Pie-

per, Frau Künast und Herrn Lafontaine kritisch um und hinterfragten die Reden. Durch die kritischen Anmerkungen von Ulrich Thöne, die nach jedem dieser Grußworte folgten, wurde auch klar gezeigt, dass sich die GEW nicht vor einen Parteikarren spannen lässt. Es zeigte sich auch, dass von RednerIn zu RednerIn die Sicherheitsvorkehrungen abnahmen und der Applaus zunahm.

Satzungsdiskussionen

Die ersten Tage waren bestimmt durch Eröffnungsreden, Wahlen und satzungsändernde Anträge.

Dem Antrag, die Delegiertenzahl auf 400 Delegierte zu kürzen, um Kosten zu senken, wurde nicht zugestimmt. Die Delegierten beschloss, dass es ihnen wichtig ist, dass weiterhin 432 Delegierte auf dem Gewerkschaftstag mitbestimmen sollten, wohin sich ihre GEW entwickelt.

Schon bei diesem Antrag war eine leichte Kokurrenz zwischen den einzelnen Gruppen der GEW (z. B. Junge GEW/Senioren/BASS) zu spüren. Aus unserer Sicht sollte diese Diskussion sachlicher geführt werden. Zwar trifft es zu, dass auf dem Gewerkschaftstag zum Beispiel die über 50-jährigen KollegInnen mit 69 % überproportional vertreten waren, jedoch finden wir nicht, dass, um diesen Umstand zu ändern, die »Jungen« (zu denen wir zugegebenermaßen gehören, den Ausdruck aber schrecklich finden) automatisch das Recht haben, Ämter zu besetzen (wie vielfach gefordert). Dies sollte fachlich und nicht durch das Alter begründet sein – und fachlich gute Mitglieder hat die GEW allemal und das quer durch alle Altersstufen. Die Diskussion über die Verteilung von Mitteln, sei es nun Geld, Funktionen und Befugnisse,

* Alle Beschlüsse, Diskussionen und Wahlergebnisse findet ihr auf der Homepage des Gewerkschaftstages unter: www.gew-gewerkschaftstag.de

kam immer mal wieder auf, wurde aber leider oft nicht sachlich geführt.

Vorstandswahlen

Die Wahlen des Hauptvorstandes waren, bis auf wenige Ausnahmen, recht ereignislos. Für keine/n der KandidatInnen gab es GegenkandidatInnen. Ulrich Thöne wurde überzeugend wiedergewählt, Andreas Keller, mit 43 Jahren der Jüngste im Vorstand, zuständig für den Bereich Hochschule und Forschung, erhielt das beste Stimmergebnis.

Wie viele in der Presse verfolgt haben, war die Wahl von Marianne Demmer Gegenstand längerer Diskussionen. In einer langen Aussprache sowie einer Personaldebatte im Vorfeld der Vorstandswahl wurde das Thema Zusammenarbeit mit den diversen Bundesarbeitsgemeinschaften, Vorständen der GEW sowie der Bertelsmann Stiftung/Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft u. ä. kontrovers diskutiert. Marianne Demmer wurde schließlich mit 53 % für den Bereich Schule in den Vorstand gewählt. Aufgrund des Stimmergebnisses wurde vor der Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden Rücksprache in den einzelnen Länderdelegiertengruppen gehalten, ob Marianne Demmer als Stellvertreterin aufgestellt werden sollte und ob sie das Vertrauen der Delegierten bekommen würde. Nach einer aus unserer Sicht mehr emotionalen als inhaltlichen Ansprache Marianne Demmers bei der Kandidaturerklärung erhielt sie 66 % der Stimmen und ist somit weiterhin stellvertretende Vorsitzende der GEW.

Antragsdiskussion

Von den vielen Anträgen, welche auf dem Gewerkschaftstag diskutiert und beschlossen wurden, wollen wir ein paar herausheben und darstellen.

Dies ist zum einen ein Antrag zu Public Private Partnership (PPP). Nach einer längeren Aussprache dazu wurde beschlossen diese abzulehnen, da durch das Leasing an Trägergesellschaften unter anderem die demokratische öffentliche Diskussion und Kontrolle über das eigentlich kommunale Eigentum verloren geht sowie Personalabbau und prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen gefördert werden. Die GEW tritt dafür ein, dass öffentliche Investitionen unter demokratischer Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben.

Ein Themengebiet, welches sich durch den kompletten Gewerkschaftstag zog, war der Umgang mit Bertelsmann sowie seinen Stiftungen. Die Bertelsmann-Stiftung drängt seit Jahren in den Bildungsbereich, um diesen in ihrem Sinne neoliberal umzubauen. Den Anfang machte sie Ende der 90er-Jahre, sie gründete das Centrum für Hochschulentwicklung, kurz CHE, um Studiengebühren salonfähig zu machen. Das Ergebnis kennen wir alle: Mittlerweile ist es in der überwiegenden Zahl der Bundesländer Usus, Gebühren zu erheben. Dieser Umbau des Bildungssystems geht weiter. Nun sind die Schulen im Fokus. Die GEW aber sieht Bildung als öffentliches Gut und sich selbst den demokratischen Strukturen im Bildungswesen und der humanen, aufklärerischen und

sozialen Dimension von Bildung verpflichtet. Aufgrund dessen wurde nach einigen Diskussionen, wie weit der Antrag führen kann und soll, beschlossen, dass eine über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit zwischen Bertelsmann-Stiftung und GEW nicht stattfinden wird. Da die Bertelsmann-Stiftung, wie viele andere Unternehmensstiftungen auch, als gemeinnützig anerkannt ist, setzt sich die GEW darüber hinaus dafür ein, dies kritisch zu prüfen. Eine klare Positionierung der GEW war vonnöten, da es nicht angehen kann, dass die GEW von der Bertelsmann-Stiftung als »Partner« gesehen wird. Auch ist unabhängig, dem neoliberalen Umbau des Bildungssystems eine eindeutige Absage zu erteilen. Die Beschlüsse waren aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Mit Bedauern mussten wir allerdings feststellen, dass solch ein wichtiges Thema abends zwischen 20.30 und 22.00 Uhr diskutiert wurde, schnell noch abgestimmt werden sollte und die Vorschläge vonseiten der Antragskommission etwas chaotisch wurden (was keinerlei Kritik an den KollegInnen dort sein soll, sie waren ja auch schon seit 9 Uhr im »Dienst« und hatten wahrlich keinen einfachen Job).

Die GEW spricht sich außerdem für den vollständigen Verbleib der Deutschen Bahn AG in öffentlicher Hand aus. Hier zeigt sich insgesamt eine klare Linie, wenn man den Antrag zu PPP und Bertelsmann betrachtet.

Und wo bleibt die Bildung?

Wir haben hier nichts über die Anträge im Bildungsbe- reich geschrieben. Warum? Nicht, dass uns das weniger interessiert hätte, nein. Die GEW ist eine Bildungsgewerkschaft. Aber wir wollten in unserem Bericht den Fokus auf den zweiten Teil des Wortes legen, »Gewerkschaft«, da es für uns als gewerkschaftlich organisierte KollegInnen wichtig ist, dass die GEW auch außerhalb des Themas »Bildung« politisch deutlich Stellung bezieht. Deshalb hat der Gewerkschaftstag auch zur Demo am 16. Mai nach Berlin aufgerufen, um dort zu zeigen, dass Gewerkschaften ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor sind.

Unser Resümee:

Wir fanden die Diskussionen, Kontakte und den inhaltlichen Austausch mit KollegInnen aus den anderen Bundesländern und natürlich auch mit den bayrischen Delegierten sehr bereichernd. Wann trifft man schon mal so viele KollegInnen, die gewerkschaftlich engagiert, diskussionsfreudig und auch mal für eine kontroverse Diskussion über Bildung, Gewerkschaft und Politik offen sind!?

Zum Schluss noch unseren Dank allen KollegInnen, die mitgeholfen haben, diese fünf Tage zu organisieren. Besonderer Dank gilt den studentisch Beschäftigten, welche uns fleißig jeden Tag mit neuem Material versorgt haben, auch wenn wir uns nicht immer darüber freuen konnten, da irgendwann nicht mehr alles in den Ordner passte.

von Andrea Steierer, Dipl. Sozialpäd. (FH), GEW München
und Sabine Kaul, Dipl. Sozialpäd. (FH), GEW Weiden

Honorarkräfte in Nürnberg

vor dem Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge



Foto: Kay Herschelmann

Honorarkräftetreffen in Nürnberg. Unsere Sitzung am 25. April 2009 endet mit einer Malaktion: Wir malen ein Transparent mit der Aufschrift »Honorar ≤ Hartz IV – Lehrkräfte Weiterbildung«. Miriam fotografiert uns; eines der Bilder zeigt uns auf dem Boden kniend, mit den Stiften über das Transparent gebeugt, die Hintern nach oben zeigend. Der Kommentar ist klar: »Wir sind die Ärsche der Weiterbildung!«

Doch von vorn: Froh darüber, dass endlich einmal wieder eines der spärlich gesäten Treffen für Honorarlehrkräfte stattfindet, schwinde ich mich in den Zug und fahre von Leipzig nach Nürnberg, wo zeitgleich der Gewerkschaftstag stattfindet. Und der sorgt gleich für einen Knall: Nicht genug damit, dass Gewerkschaftsmitglieder ohne Delegiertenstatus auf-

grund der hohen Sicherheitsvorkehrungen für den geladenen Vizekanzler keinen Zugang zum Tagungsort haben. Gleichzeitig werden allzu krasse Aktionen vonseiten der Honorarlehrkräfte befürchtet: Eine Aktion, die auf die prekären Arbeitsbedingungen der Lehrenden in der Weiterbildung aufmerksam macht, könnte andere Themen in den Hintergrund drängen, stören, unangenehm auffallen.

Konkurrenz in der eigenen Gewerkschaft? Oder einfach Angst? Keine Angst, wir bleiben brav – jedenfalls auf dem Gewerkschaftstag: Einige Delegierte sollen unser Transparent entfalten, andere versuchen, mit den Angestellten des BAMF in Nürnberg ins Gespräch zu kommen – sie sind zwar für uns zuständig, aber möglicherweise wissen sie ja gar nichts von un-

serer Situation?

Als weitere Aktionsformen wurde vorgeschlagen, angesichts des »Superwahljahrs 2009« Abgeordnete aus dem jeweils eigenen Wahlkreis freundlich zu fragen, was sie gegen die prekäre Lage von Beschäftigten in der Weiterbildung zu tun gedächten, und die hoffentlich aussagekräftigen Antworten kontrastiv in der Lokal- oder Stadtteilzeitung zu veröffentlichen. Generell aber stellte sich der geringe Organisationsgrad der Honorarlehrkräfte als Problem dar; Gründe wurden teilweise bei den Betroffenen selbst, aber auch bei der Gewerkschaft gesehen: Konkurrenz der Fachbereiche, Angst vor allzu radikalen Aktionen der »Ärsche der Weiterbildung«.

Dass der Kampf gegen die eigenen Gewerkschaftsstrukturen manchmal genauso mühsam wie der gegen unsere Arbeitsbedingungen ist, wurde am 25. April einmal mehr deutlich, und deshalb bin ich insgesamt mit einem zwiespältigen Eindruck nach Hause gefahren. Dennoch gab es auch vieles, was Mut machte: die Briefaktion an BAMF und Politik, spontan initiiert von Ilse, der's jetzt reicht, immer mehr Veranstaltungen von den und für die prekär Beschäftigten in der Weiterbildung, darunter auch die Fortsetzung unserer produktiven Runde vom 25. April und der Plan zur offiziellen Gründung einer »AG Honorarkräfte« beim Hauptvorstand der GEW.

Denn eines ist sicher: Wir haben keine Lust mehr auf Verarsche!

von Anja Ucharim



Die Vertreterinnen und Vertreter der GEW Bayern auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg

von links nach rechts:

Jonas Lanig, Sarah Al-Heli, Magnus Treiber, Henricke Schneider-Petri, Moni Hartl, Reinhard Frankl, Gele Neubäcker, Ilona Deckwerth, Günther Mitteregger, Iris Klemenz, Hans Parnickel, Renate Oehler, Elke Hahn, Andrea Steierer, Wolfram Bundesmann, Sabine Kaul, Peter Caspari, Hans Schuster, Schorsch Wiesmaier, Oskar Brückner, Nicolas Griebmaier und Ludwig Würfl

Anlassbeurteilung: Frustration statt Motivation!

Ein Kollege, der namentlich hier nicht genannt werden soll, hat uns nach Abschluss des Beurteilungsverfahrens seine Erfahrungen und seine Einschätzung dazu schriftlich mitgeteilt. Wir zitieren aus seinem Text, weil darin die frustrierende Wirkung des Verfahrens, die wir auch in unzähligen Gesprächen erfahren haben, deutlich zutage tritt. Viele KollegInnen fühlen sich durch ihre Vorgesetzten derzeit persönlich abgewertet. Die vorgegebene Durchschnittsnote von 3,6

Die Position der GEW ist klar:

Abschaffung der Regelbeurteilung!

A 13 als Einstiegsbesoldung für alle Lehrämter!

SchulleiterInnen, die immer mehr Dienstvorgesetztenaufgaben übernehmen (wie z. B. den Entwurf der dienstlichen Beurteilung), gehören nicht in die LehrerInnenpersonalräte!

Hier sind die Ausführungen des Kollegen:

- Es arbeiten im Volksschulbereich so gute Leute, dass die meisten die erste bis dritte Stufe erhalten müssten und nicht die dritte bis fünfte. Doch die erste bis dritte Stufe ist ausschließlich LehrerInnen vorbehalten, die sich pflegeleicht in Führungsaufgaben einbinden lassen.
- Die Einstufung wird schriftlich nur knapp begründet, um keine konkreten Widerspruchsmöglichkeiten zu bieten, und mit ein paar lobenden Sätzen garniert, damit man sich trotz mäßiger Beurteilung nicht allzusehr vor den Kopf gestoßen fühlen soll.
- Es wird immer in Aussicht gestellt, dass man ja bei entsprechender Besserung das nächste Mal höher gestuft werden kann.
- Die ellenlange Kriterienliste für die einzelnen Stufen setzen utopische Ansprüche, die so wörtlich niemand erfüllen kann, und bei der bei Widerspruch immer einige Kriterien gefunden werden, mit denen die Beurteilungsstufe begründet werden kann.
- Großer Arbeitsaufwand für laufende Arbeiten und Aufgaben an der Schule – Bücherei ausbauen und pflegen ohne Anrechnungsstunde, problematische SchülerInnen mitbetreuen ohne FörderlehrerIn usw. – wird lobend erwähnt, wirkt sich aber nicht in der Beurteilung aus.
- Ältere KollegInnen und ihre Unterrichtskonzepte und Bemühungen interessieren weder Schulleitung noch Schulrat oder -rätin.
- Wie oben erwähnt interessieren KollegInnen, die ihre Arbeit gut und zuverlässig machen, aber in den Augen der Hierarchie – SchulleiterIn/Schulrat oder -rätin – ein Manko besitzen, nicht. Solche die Beurteilung verschlechternden Kriterien sind nach meiner Erfahrung z. B.: Ein moralisch gefestigtes Weltbild haben (z. B. seine zusätzlichen Posten als Sicherheits-, Suchtpräventions-, Umweltbeauftragte/r ernst nehmen), öfters anderer Meinung sein als die/der SchulleiterIn, bei Ideen der/des SchulleiterIn mit zusätzlicher Arbeit nicht begeistert sein, auch

und die Festlegung von Prozentzahlen für die Beurteilungsstufen, mit denen SchulleiterInnen und SchulrätInnen unter anderem ihre Urteile begründeten, zeigen schon deutlich, dass die Beurteilten nicht an den Kriterien gemessen wurden, die in den Beschreibungen der Beurteilungsstufen festgelegt wurden, sondern dass eine Rangfolge innerhalb des Kollegiums erstellt wurde.



die eigene Leistung betonen, wenn die/der SchulleiterIn ihre/seine heraushebt.

- Und besser beurteilt werden halt die, die in die Hierarchie passen: die sich für Aufgaben von sich aus antragen, die zusätzlich und ohne Anrechnung zu unseren ständigen Überstunden freudig auch noch dem/der SchulleiterIn umfangreichere Arbeiten abnehmen, die sich politisch oder verbandspolitisch passend engagieren und die begeistert neue, den Vorgesetzten genehme Ideen ausprobieren (auch wenn die angefangenen Aktionen schon nach relativ kurzer Zeit von älteren KollegInnen weitergeführt werden) und die ihnen genehme Führungseigenschaften zeigen.
- Man wird beurteilt, ob man es will oder nicht.
- Die Bedeutung der Unterrichtsbesuche wurde von der Schulleiterin vorher als kaum wichtig heruntergespielt und im Nachhinein als das Wichtigste herausgestellt. Man soll eine Showstunde zeigen, obwohl gesagt wird, man soll keine zeigen und obwohl man keine Zeit hat, diese vorzubereiten – wie kann ich nach sechs Stunden in der Schule (7 Uhr bis nach 13 Uhr) plus fünf bis sechs Stunden Nachbereitung plus fünf bis sechs Stunden Vorbereitung plus sonstige Büroarbeiten plus Fortbildung plus meine Aufgaben als Schulbeauftragte/r noch anschließend eine Showstunde ausarbeiten? Dann schaut aber die Schulleiterin eine Stunde an, alles klappt prima, meine wenig motivierten Hauptschul-SchülerInnen stören kein einziges Mal und machen prima mit und es heißt dann: Ich hätte nichts Besonderes gezeigt – wobei es nicht einmal positiv angerechnet wurde, dass ich freiwillig ein drittes Jahr als Grundschullehrer in der Hauptschule eingesprungen bin. Zusammengestellt von Peter Caspari

Kurzes Gedächtnis? Oder einfach nur Chuzpe?

Wir erinnern uns noch – im Gegensatz zum Beamtenbund:

Der erste Änderungsentwurf zur Laufbahnverordnung für Bayerische BeamtInnen sah vor, die Altersgrenze für die periodische Beurteilung aufzuheben. LehrerInnen würden dann bis zum Ende ihrer Berufstätigkeit dem entwürdigenden Ritual der Regelbeurteilung unterzogen. Weder Beamtenbund noch BLLV protestierten dagegen, im Gegenteil: Es wurde mit Europäischem Recht und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für die Streichung der Altersgrenze argumentiert. Eine ordentliche juristische Begründung wurde allerdings nie geliefert.

Die GEW hat sich immer entschieden gegen die Aufhebung der Altersgrenze ausgesprochen und entsprechend inhaltlich auf die Stellungnahme des DGB eingewirkt. Mit Erfolg, wie der mittlerweile verabschiedete Entwurf zeigt. Die Altersgrenze bleibt. Inzwischen liegt auch eine juristische Stellungnahme vor, die unsere Einschätzung bestätigt.

Und der Beamtenbund? Plötzlich hat er eine bis dato nicht vorhandene eigene Forderung entdeckt und schreibt in der letzten Ausgabe der BBB-Nachrichten: »Weiterhin ist zu erwähnen, dass einem ersten LbV-Entwurf zufolge zunächst beabsichtigt war, die Regelung, wonach Beamte, die das 55ste Lebensjahr vollendet haben, nicht mehr periodisch beurteilt werden, entfallen zu lassen. Dem BBB ist es jedoch gelungen, dass hiervon wieder Abstand genommen wurde.«

Das ist doch wirklich eine bravouröse Leistung!!!!

Der Beamtenbund erzielt Erfolg mit einer Forderung, die er nie erhoben hat. Alle Achtung, Herr Habermann. Können Sie uns mal den Trick verraten?

Da sich auch der Bayerische Philologenverband dezidiert gegen eine Aufhebung der Altersgrenze ausspricht, sind wir zuversichtlich, dass es gemeinsam gelingt, die Altersgrenze zu retten, solange es die Regelbeurteilung noch gibt.

Karin Just

Hat der Beamtenbund in Bayern das wirklich nötig?

Auf den Fotos, die »dbb – Beamtenbund und Tarifunion« zur TV-L-Tarifrunde im Februar dieses Jahres auf die Bundes-Homepage setzte, geht es gar wüst durcheinander. Wedeln da doch die eigenen Fahnen und Transparente ungehindert neben denen der Gewerkschaften ver.di und GEW.

Solch verwerfliche Liberalität ist dem bayerischen Beamtenbund suspekt. Und so sorgt er in seinem Kompetenzbereich für Ordnung.

Wenn man Seite 6 der Ausgabe 1-2/2009 des Beamtenbund-Magazins »BBB« aufschlägt, trifft man auf ein Foto (siehe unten), das eine Szene während der »verlängerten Mittagspause« am 20. Januar vor dem Münchner Finanzamt zeigt. An einigen Stellen macht sich da allerdings eine irritierende Leere breit. Bei einem Vergleich mit anderen Fotos wird schnell deutlich, was da fehlt.

Ja, warum nur?????

Karin Just



Original-Tafel der ver.di-Betriebsgruppe an der Universität München

ver.di-Fahne in vollständiger Ausführung



Einladung zur Informationsveranstaltung **Umsetzung der Dienstrechtsreform in Bayern**

29. Juni 2009 16.00 Uhr in **Nürnberg**
im Nürnberger Gewerkschaftshaus
Kornmarkt 5 - 7, 90402 Nürnberg
Sitzungsraum Burgblick

13. Juli 2009 16.00 Uhr in **München**
im Münchner Gewerkschaftshaus
Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Großer Saal

Ablauf:

Begrüßung und Einführung

Ziele und Inhalte des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Dienstrechtsreform - Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Positionen des DGB Bayern - Christiane Voigt, DGB Bayern
Diskussion

Die Kompetenz im Beamtenrecht wurde im Rahmen der Föderalismusreform weitestgehend auf die Länder verlagert. Der Freistaat Bayern will diese Kompetenzen nutzen und das Versorgungs-, Besoldungs- und Luftbahnrecht eigenständig gestalten.

Zur Vorbereitung der Dienstrechtsreform führte das Finanzministerium Fachhearings durch und erarbeitete Eckpunkte für die Dienstrechtsreform, die im Juli 2008 von der Staatsregierung beschlossen wurden. Der DGB Bayern hat sich an dieser Diskussion intensiv beteiligt und unter anderem Ende 2007 in einer ersten Runde zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Nachdem demnächst die Gesetzentwürfe im Rahmen der ersten Beteiligungsrunde vorliegen, lädt der DGB zu zwei weiteren Informationsveranstaltungen ein.

Ziel ist es, einen Kurzüberblick über die geplanten Veränderungen zu bekommen und Raum für eine breite und hoffentlich intensive Diskussion zu schaffen.

Rückfragen bitte an DGB Bayern, Abtl. öD/Beamte, Christiane Voigt, Tel. 0 89-5 17 00-2 04
Rückmeldung bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Termin bitte an:
Fax: 0 89-5 17 00-2 22 oder E-Mail: susanne.berndl@dgb.de

a.i.d.a. – Preisgekrönter Verfassungsfeind?

Verfassungsschutz betreibt Diffamierungskampagne gegen antifaschistische Initiative

a.i.d.a., die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V., dokumentiert seit 1990 rechtsextreme Aktivitäten in Bayern und stellt diese der Öffentlichkeit zur Verfügung. Im Januar 2009 erhielt der Verein die Gemeinnützigkeit zuerkannt.

Falsche Verdächtigungen ohne Begründung

Am 30. März 2009 erlebte a.i.d.a. eine Überraschung der besonderen Art: a.i.d.a. taucht an mehreren Stellen im Bayerischen Verfassungsschutzbericht auf. Einmal als Angriffsziel der »Freien Nationalisten München« (S. 139 des Bayerischen Verfassungsschutzberichts), die am 13.6.2008 eine Demonstration gegen a.i.d.a. (DDS berichtete in der Juli/August-Ausgabe 2008, S. 22) anmeldeten.

a.i.d.a. wird jedoch nicht nur als Angriffsziel rechtsextremer Organisationen erwähnt, sondern darüber hinaus selbst von den bayerischen Verfassungsschützern eingestuft, und zwar unter der Überschrift »Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse«, Zwischenüberschrift »3. Sonstige Linksextremisten«. Neben der Diffamierung von Staatsschutzseite bleibt die Frage offen, was denn »Sonstige Linksextremisten« sind. Unter der Rubrik »Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)« steht dann »Funktionärsgruppe/Einzelpersonen«. Hier passt nichts zusammen! Logik und Begründung – Fehlanzeige!

In der Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Bayern 2008 wird dieser dann deutlich. Er diskreditiert die Arbeit von a.i.d.a. und erklärt ihre Mitglieder zu Verfassungsfeinden: »Autonomen geht es beim Antifaschismus nur vordergründig um einen Kampf gegen Rechtsextremisten. Im Kern geht es um einen Kampf gegen den demokratischen Staat und dessen Institutionen. Ihnen wird unterstellt, Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen. [...] Namentlich die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle e. V. (a.i.d.a) versucht verstärkt bei demokratisch initiierten Projekten gegen Rechtsextremismus Fuß zu fassen und hier Einfluss zu gewinnen. [...]

Bei der Bekämpfung von rechtsextremistischen Haltungen dürfen wir nicht mit Leuten zusammenarbeiten und ihnen ein Podium bieten, die nur ihre linksextremistischen Vorstellungen verbreiten wollen und ganz andere Ziele haben, nämlich die Beseitigung unserer Grundordnung.«

Was steckt hinter der Verunglimpfung?

1. Sowohl die Europa- als auch die Bundestagswahl stehen vor der Tür. Indem neben anderen linken Organisationen, Bündnissen und Vereinen a.i.d.a. und alle Parteien links der Grünen im Verfassungsschutzbericht genannt werden, startet das bayerische Innenministerium einen Rundumschlag, der möglichst vernichtend und öffentlichkeitswirksam sein soll. Zu »Verfassungsfeinden« erklärt, müssen diese quasi von Amts wegen unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt werden. Die Einstufung von a.i.d.a. als linksextremistisch – ein rufschädigendes Manöver im Zeichen des Wahlkampfs?
2. Andere, z. B. Prof. Dr. Henning Müller, erwägen einen Racheakt vonseiten des Verfassungsschutzes. Anlass zu dieser These ist eine Veranstaltung des Vereins der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die am 21.1.2009 in der Seidl-Villa in München stattfand. Auf dem Podium saß ein a.i.d.a.-Referent, im Publikum – angeblich privat – ein Verfassungsschützer. Der Verfassungsschützer wurde vom Veranstalter – nicht vom a.i.d.a.-Referenten – des Saales verwiesen. Auf den ersten Blick erscheint diese Begründung lächerlich, bei genauerem Hinsehen erlangt sie eine gewisse Ernsthaftigkeit. Wie die SZ am 31.3.2009 berichtet, erhielt der Bayerische Jugendring (BJR), bei dem die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus (LKS) angesiedelt ist – ein Netzwerk, dem auch a.i.d.a. angehört –, im Februar vom Landesamt für Verfassungsschutz ein Fax, in dem der BJR dazu aufgefordert wurde, a.i.d.a. aus dem Netzwerk auszuschließen. Das gleiche Fax erreichte auch andere Organisationen. Als Begründung für die gewünschte Aufkündigung der Zusammenarbeit mit a.i.d.a. muss unter anderem der Rauswurf des Verfassungsschützers bei oben genannter Veranstaltung herhalten. Ganz so privat war seine Anwesenheit also doch nicht. Hat sich der Verfassungsschutz vielleicht sogar bei den Informationen von a.i.d.a. bedient und die eigene Recherche schleifen lassen? Denn dass die Informationen von a.i.d.a. detaillierter sind als die jeder mit den Themen Rassismus, Rechtsradikalismus, Nationalismus befassten Behörde, wissen nicht nur Politiker, die es wissen wollen, sondern auch Medien und Organisationen, die sich immer wieder auf die Erkenntnisse von a.i.d.a. berufen.
3. Dass der Verfassungsschutz befürchtet, er könne sein Recherchemonopol an a.i.d.a. verlieren, halte ich persön-



lich für zu kurz gegriffen. Ich vermute eher, dass der Verfassungsschutz Rechercheergebnisse von a.i.d.a. fürchtet und das Deutungsmonopol über die Frage »Was ist rechts-extrem?« in seinen Händen behalten will. Die sachliche und lückenlose Recherche von a.i.d.a. könnte den bayerischen Verfassungsschutz zu Maßnahmen zwingen, die er gar nicht ergreifen möchte. Eine Ausschaltung von a.i.d.a. käme ihm also mehr als gelegen.

Was es auch sei, der bayerische Verfassungsschutz und mit ihm die bayerische Landesregierung verunglimpfen mit dieser öffentlichen Diffamierung die langjährige Arbeit des Vereins und seiner aktiven Vereinsmitglieder, die ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement zeigen, wofür a.i.d.a. bereits mehrfach ausgezeichnet wurde (vgl. Kasten).

Auszeichnungen für a.i.d.a.

2005 und 2006: Auszeichnung vom »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt«, gegründet von den Bundesministerien des Innern und der Justiz

Januar 2008: Förderpreis »Münchner Lichtblicke«, verliehen von der Landeshauptstadt München, dem Ausländerbeirat der Stadt München und dem Verein »Lichterkette e. V.«

a.i.d.a. muss nun befürchten, seine Gemeinnützigkeit zu verlieren. Um dem vorzubeugen, nahm sich der Verein eine Rechtsanwältin. In ihrem Schreiben verlangt sie Auskunft über die Grundlage der Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht, Auskunft über die gespeicherten Daten bezüglich Marcus Buschmüller (a.i.d.a.-Vorstand), eine Begründung, warum dieser in dem Fax an den BJR als linksextremistisch bezeichnet wurde, und dass das Landesamt für Verfassungsschutz und das Innenministerium die falschen Behauptungen unterlassen.

Trotz Fristsetzung blieb ihr Schreiben bisher unbeantwortet.

Das Rad dreht sich weiter

Am 24.4.2009 wird dafür a.i.d.a. entsprechend einer Weisung des bayerischen Kultusministeriums auf Betreiben des Innenministeriums offiziell aus dem Beratungsnetzwerk LKS ausgeschlossen.

Für Marcus Buschmüller unbegreiflich: »Die Situation ist grotesk. Wir haben dort auf Anfrage unsere Netzwerkerfahrung und unsere Kenntnisse aus der bald 20-jährigen Vereinsarbeit zur Verfügung gestellt. Der Verfassungsschutz, der ebenfalls im Beratungsnetzwerk sitzt, hat nie fachliche Kritik geübt. Eingebracht hat a.i.d.a. das ehrenamtliche Engagement gegen Rechts Bespitzelung, Rufschädigung, die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht als angebliche »Linksextremisten«, den drohenden Entzug der Gemeinnützigkeit und somit die Gefährdung der weiteren Vereinsarbeit.«

von Dorothea Weniger

Mitglied der DDS-Redaktion



Quellen:

blog.beck.de/2009/04/02/aida-und-der-bayerische-verfassungsschutz-was-steckt-dahinter
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de: »Man hat's schon schwer in Bayern« von S. Schulz
www.redok.de: »Racheaktion gegen Recherche-Projekt?«

Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Bayern 2008 am 30. März 2009

www.sueddeutsche.de: »Nazi-Gegner im Visier der Verfassungsschützer« vom 31.3.2009

Pressemitteilung vom 29.4.2009: Bayerische Staatsregierung bekämpft zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts a.i.d.a. aus Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen

Stellungnahme von a.i.d.a.: »Diffamierungskampagne gegen das a.i.d.a.-Archiv« vom 14.4.2009

Spendenaufwurf von a.i.d.a.

Das a.i.d.a.-Archiv braucht Unterstützung und sucht Fördermitglieder, um eine dauerhafte und erfolgreiche Arbeit gewährleisten zu können. Auch über einmalige finanzielle Beträge freut sich der Verein. Weitere Infos unter www.aida-archiv.de/foerdermitgliedschaft.html
Spenden bitte an: Postgiroamt München, Konto: 1540 40-802, BLZ 700 100 80

Rechtsextreme in aktuellen Jugend- und Musikkulturen Auf dem Weg zur mehrheitsfähigen Jugendkultur?

Fachtag am Freitag, **19.06.09** in **München** im **Feierwerk**, 9.30 - 16.00 Uhr

Referenten: Christian Dornbusch, Jan Raabe, Robert Andreasch

Die extreme Rechte nutzt mit zunehmendem Erfolg Musik und jugendkulturelle Ausdrucksformen als identitätsstiftende Merkmale und als Einstiegsmedium für Jugendliche in die rechtsextreme Szene. In fast jeder aktuell populären Musikrichtung trifft man inzwischen auf Bands, die mehr oder weniger kaschiert rechtsextremes Gedankengut transportieren. Ob in der Liedermacherszene, in Mainstreampop, Hip-Hop, Hardcore, Metal oder Elektronik, die spezifische musikalische Ausdrucksform ist längst kein Indiz mehr für inhaltliche Aussagen. Ähnlich wie beim modischen Outfit fällt es immer schwerer, die Anhänger dieser Szene zu identifizieren. Slogans, Parolen und Texte der extremen Rechten greifen einen undifferenzierten Protestjargon auf, der sich nicht auf den ersten Blick politisch eindeutig outet. Die kostenlos verteilte Schulhof-CD ist ein Beleg für eine neue Strategie, jugendliche Gefühlslagen und Protestpotenzial zu instrumentalisieren. Der Rechtsextremismus ist dabei, sich als Jugendkul-

tur zu etablieren, die weit in den Mainstream hineinreicht. Er entwickelt damit Formen von Hipness, die ihn attraktiv werden lässt für Orientierung suchende junge Leute.

Auf unserem Fachtag wollen wir diese neuen musikalischen und kulturellen Ausdrucksformen anschaulich machen und der Frage nachgehen, wie diese Attraktivität erzeugt wird und welcher Denkmuster sich die rechtsextreme Szene bedient. Wir wollen die dahinterliegenden Steuerungsmechanismen, Vertriebs- und Organisationsstrukturen transparent machen, auch mit dem regionalen Bezug auf Bayern und München u. a. m.

Weitere Informationen unter: www.feierwerk.de > in der Terminübersicht.

Anmeldung unter: klaus.martens@feierwerk.de

Achtung: Anmeldeschluss ist der 15. Juni!

Veranstalter: FEIERWERK und FACHSTELLE RECHTSEXTREMISMUS

Mit einem Lächeln auf den Lippen

Ein Tag im Sommer 2007: In einer Hamburger Beratungsstelle für MigrantInnen taucht Ana S. auf. Die Lateinamerikanerin arbeitet seit drei Jahren als unterbezahlte und ausgebeutete Hausangestellte bei einer deutschen Familie – sie hat keinen Aufenthaltstitel und keine Papiere. Die »ambulante Betreuung für Migrantinnen« des Hamburger Vereins Verikom und die Gewerkschaft ver.di nehmen sich des Falls an: Ana S. zieht schließlich, obwohl sie als »Illegale« in Deutschland lebt, vors Arbeitsgericht. Die Filmemacherin Anne Frisius hat Anas Fall begleitet und erzählt ihre Geschichte im Dokumentarfilm »Mit einem Lächeln auf den Lippen«. Die Botschaft des Films: Auch »Illegale« haben Rechte – und es lohnt sich, für diese Rechte zu streiten, nicht zuletzt, um Menschen mit einem ähnlichen Schicksal Mut zu machen.

»Mit einem Lächeln auf den Lippen« kann für 35 Euro (für private Einzelbezieher nur 25 Euro) zuzüglich Versandkosten online bestellt werden unter www.kiezfilme.de/laecheln

Studiengang Master of Adult Education an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg

Für lebenslanges Lernen wird die Erwachsenenbildung als Berufs- und Tätigkeitsfeld sowohl in Non-Profit-Organisationen als auch in der Wirtschaft weiter an Bedeutung gewinnen. Die Evangelische Fachhochschule informiert dazu am Freitag, 17. Juli 2009 von 16 bis 18 Uhr über den Masterstudiengang Erwachsenenbildung. Der Studiengang Master of Adult Education (M. Edu) ist ein akkreditierter Weiterbildungsstudiengang, der berufsbegleitend in maximal vier Jahren oder in Vollzeit (zwei Semester, insgesamt 48 Semesterwochenstunden) abgeschlossen werden kann. Der Studiengang befähigt zur Leitung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Schwerpunkte sind:

Dies und Das

Gestaltung von Bildungsprozessen, Konzeptionsentwicklung, Kompetenzen für Management, Leitung und Marketing von Bildungseinrichtungen sowie Reflexion sozialer, pädagogischer und ökonomischer Entscheidungen.

Bei der Infoveranstaltung werden neben den Studieninhalten, -aufbau und -methoden im Rahmen von »Lehre live« Einblicke in ausgewählte Module und Lehrveranstaltungen gewährt. Die Studiengangsleitung, Dozierende und Studierende stehen für Gespräche und Fragen zur Verfügung. Die Veranstaltung richtet sich an Interessierte mit abgeschlossenem Hochschulstudium sowie mindestens zwei Jahren Berufspraxis, davon wenigstens 40 Prozent im Bildungsbereich. Weitere Informationen:

Evangelische Fachhochschule Nürnberg
Masterstudiengang Erwachsenenbildung
Bärenschanzstraße 4 • 90429 Nürnberg
Tel.: 09 11-2 72 53-7 11 oder -8 15
Fax: 09 11-2 72 53-8 52

Master-eb@evfh-nuernberg.de
www.evfh-nuernberg.de/Mastererwachsenenbildung

Kinderfotopreis 2009

»Meine, deine, unsere Welt!«

Der Einsendeschluss für den Kinderfotopreis 2009 naht. Bis zum 15. Juni können Fotos eingesandt werden. Unter dem Motto »Meine, deine, unsere Welt!« werden sich auch diesmal Kinder zwischen vier und zwölf Jahren mit dem Medium Fotografie beschäftigen. Die Themenstellung des diesjährigen Kinderfotopreises lässt den jungen Fotografinnen und Fotografen ausreichend Raum für eigene kreative Ideen und setzt zudem einen ökologischen und (inter)kulturellen Schwerpunkt.

Bereits sehr früh werden Kinder mit der Medienwelt konfrontiert. Mit einem Ein-

stiegsalter von drei bis vier Jahren wird der Kinderfotopreis der Notwendigkeit, bereits frühzeitig medienpädagogisch und medien-erzieherisch zu arbeiten, gerecht. Ab dem Kindergartenalter können Kinder kreativ und aktiv mit dem Medium Fotografie umgehen. Die technische Handhabung ist bei einfachen Digitalkameras auch für Kindergartenkinder problemlos zu meistern. Ohne fachliche Vorkenntnisse können sie ihre Sicht auf die Welt ausdrücken und dabei schnelle Fortschritte in ihrem fotografischen Können erzielen.

Im Jahr 2005 wurde der Wettbewerb vom Münchener Medienzentrum des JFF ins Leben gerufen. Bereits im darauffolgenden Jahr schlossen sich das Nürnberger Medienzentrum Parabol wie auch die Medienstelle Augsburg dem Netzwerk an. Vor zwei Jahren wurden die Medienfachberatung Oberbayern und nun sogar das Wiener Medienzentrum WienXtra integriert. Die jährlich steigenden Zahlen der Einreichungen zeigen, dass sich der Kinderfotopreis in allen Städten zu einem etablierten und wichtigen medienpädagogischen Wettbewerb entwickelt hat.

Weitere Informationen und AnsprechpartnerInnen:

www.kinderfotopreis.de
sebastian.ring@jff.de • kati.struckmeyer@jff.de

»Ich könnte mich ja umbringen, oder ...?«

Mädchen, die unter einer sog. Borderlinestörung leiden und in eine suizidale Krise geraten, neigen zum interpersonellen Agieren ihrer psychischen Not. Dabei geraten Helferinnen unter besonderen emotionalen Druck, der die Gefahr des unreflektierten Mitagierens in sich birgt. Eine Fortbildung für Fachfrauen nimmt sich dieses Problems an. Am ersten Tag werden vermittelt: grundsätzliches Wissen, Einschätzung von akuter Suizidalität, Prinzipien der Krisenintervention und suizidale Dynamik



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de

Im Juni 2009 erhielt den LesePeter das Jugendbuch

Anne C. Voorhoeve: Einundzwanzigster Juli

Ravensburger Buchverlag • 2008 • 348 Seiten • 14,95 EUR
ab 14 Jahren • ISBN 978-3-473-35293-7

In der Zeit zwischen ihrem 14. und 15. Geburtstag bricht für die lebhafteste Fritzi die Welt zusammen. Zwei ihrer Onkels sind in das Hitler-Attentat verwickelt, die gesamte Familie gerät in Sippenhaft. Eine chaotische Odyssee durch Gefängnisse und KZs lässt die Ich-Erzählerin zu einer kritischen Jugendlichen reifen.

Klinik am Leisberg

BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

HOTLINE: 07221/39 39 30

Gurzenhachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychische Medizin
Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!

mittels Fallbeispielen. Am zweiten Tag geht es um die Borderline-Persönlichkeitsstörung. Mit Übungen und Rollenspielen wird zur Verbesserung der Selbst- und Fremdwahrnehmung und an Fällen aus der Praxis der TeilnehmerInnen gearbeitet. Ziel ist es, Hilfestellungen für den kompetenten Umgang mit diesen Mädchen zu vermitteln. Termin: 05. und 06.10.2009, 9.30 - 17.00 Uhr
Kosten: pro Tag 50 Euro
Anmeldeschluss: 05.09.2009
IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Aktionswoche »Zu Fuß zur Schule«

Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V. und der Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD) rufen Schulen in ganz Deutschland dazu auf, sich auch in diesem Jahr wieder an der Aktionswoche »Zu Fuß zur Schule« zu beteiligen. Mit der Aktionswoche, die vom 21. bis zum 25. September stattfindet, wollen die Organisationen Kinder dazu motivieren, sich mehr zu bewegen und zu Fuß, mit Rad oder Roller zur Schule zu kommen. Um die Schulen bei der Aktionswoche zu unterstützen, wurde eine Website eingerichtet. Dort gibt es Tipps und Anregungen, wie sich SchülerInnen, Klassen und ganze Schulen beteiligen können. Alle Schulen, die im Rahmen der Aktionswoche eine Aktion durchführen und die Ergebnisse auf der Aktions-Webseite präsentieren, können eine Unterstützung für ihre Klassenkasse gewinnen. Das Deutsche Kinderhilfswerk stiftet zehnmal 100 Euro, die unter allen dokumentierten Projekten verlost werden. Die besten Ideen werden außerdem mit Angabe der Schule auf dem Aktionsposter 2010 vorgestellt. Ein Aktionsset mit Postern, Spielideen und Luftballons kann kostenlos bestellt werden unter
anja.haenel@vcd.org
www.zu-fuss-zur-schule.de

Dies und Das

Die große Erzählung – die Odyssee in einer Stunde

Für Kinder und Jugendliche von der 5. bis zur 10. Klasse gibt es eine gute Möglichkeit, mehr über Odysseus und seine Reisen und Abenteuer zu erfahren – nämlich durch ein Stück, welches das Theater Mumpitz in Nürnberg im Rahmen eigener Schulveranstaltungen in den letzten Tagen des Juli auf dem Spielplan hat.

Wer über Odysseus' Begegnungen mit Polyphemos, den Lotus-Essern, der Circe, den Sirenen, Therasias und Eurykleia sowie seine unglückliche Heimkehr zu seiner Frau Penelope nach Ithaka mehr erfahren will, sollte sich »Die große Erzählung« nicht entgehen lassen.

Rico, ein junger Mann aus einem entlegenen Dorf, kommt zum ersten Mal in die Stadt. Dort verpasst er seinen Zug nach Hause. Auf dem Bahnhof hört er einen Mann eine lange Geschichte erzählen: Die Geschichte von den Irrfahrten des Odysseus. Fasziniert verliert sich Rico in dieser Erzählung, die immer mehr zu seiner eigenen wird. Rico ist Odysseus, ist der Schauspieler Michael Bang, der sich nun selbst auf einer Odyssee befindet.

Indem ein einfacher Junge den antiken Mythos nacherzählt, wird einer der größten Gesänge der Menschheit für junge ZuschauerInnen nachvollziehbar.

Mit diesem Stück präsentiert das Nürnberger Kinder- und Jugendtheater eine wunderbare Parabel über die Kraft der Dichtung, die auf für Erwachsene spannend ist. Informationen unter:

Theater Mumpitz
Michael-Ende-Str. 17 • 90439 Nürnberg
Tel.: 09 11-60 00 50 • Fax: 09 11-600 05 55
info@theater-mumpitz.de
www.theater-mumpitz.de

»Gerettet« in der Schauburg

Es ist mehr als 40 Jahre her, dass Edward Bond »Gerettet« schrieb. Die Uraufführung in England war 1965, die deutsche Erstaufführung 1967. Gnadenlos und für seine Zeit schockierend beschrieb er Menschen, vor allem Jugendliche, die gezeichnet sind vom Ende des Industriezeitalters. Das bürgerliche Publikum war entsetzt. Mehr ist seitdem nicht passiert. Alle Erwachsenen, alle PolitikerInnen, alle EntscheidungsträgerInnen, Eltern, PädagogInnen, die heute über die Verrohung der Jugend klagen, müssen sich fragen lassen, was sie zur Verbesserung der Lebenssituation von jungen Menschen in den letzten 40 Jahren getan haben.

Bereits die Generation ihrer Eltern ist gebremst durch Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Die Kinder, ebenso wie ihre Eltern ohne Zukunftsaussicht, ohne Hoffnung, ohne Lebensperspektive, akzeptieren diesen Ausschluss aus der Gesellschaft als gegebene Tatsache. Sie haben nie anderes erlebt.

Trotz dieser Perspektivlosigkeit zeigt das Stück »Gerettet« einen Jungen, der die Suche nicht aufgibt. Die Frage, wie man ein gutes, ein sinnvolles Leben gestalten könnte, bleibt sein Motor, obwohl er in seinem Umfeld keine Vorbilder entdecken kann. Das Stück eignet sich für Jugendliche und Erwachsene. Premiere ist am 13. Juni 2009. Informationen gibt's bei:

SchauBurg – Theater der Jugend
Franz-Joseph-Str. 47 • 80801 München
Tel.: 0 89-23 33 71 55
www.schauburg.net • theater@schauburg.net

Die Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

Runde Tische zur »Gesunden Schulverpflegung« in den Regierungsbezirken

Mit regionalen Runden Tischen wollen die Ökologische Akademie e. V., Dietsramszell/Linden, die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), Landesverband Bayern e. V., und Ökoprosjekt Mobil-Spiel e. V. München in der zweiten Jahreshälfte 2009 das Thema »Gesunde Schulverpflegung« bayernweit bekannt machen und interessierte Schulen bei der Einführung unterstützen.

Auf den Runden Tischen Umweltbildung werden die Ergebnisse und Erfahrungen der Fachtagung »Gesunde Schulverpflegung in Bayern« auf die Tagesordnung gesetzt.

Ziel ist es, über Impulsreferate und gute regionale Beispiele den Erfahrungsaustausch anzuregen und ein loses Netzwerk zur Verbreitung »gesunder Schulverpflegung« in den jeweiligen Regierungsbezirken zu knüpfen.

Die Runden Tische richten sich an: LehrerInnen und SchulleiterInnen, Eltern- und SchülervertreterInnen, KantinenpächterInnen und HausmeisterInnen, MitarbeiterInnen der Schulverwaltungen und Sachaufwandsträger, Gesundheitsämter und Krankenkassen, regionale Schulversorger sowie außerschulische Einrichtungen (Umweltstation/Umweltbildungseinrichtungen)

gen) und ErnährungsberaterInnen (ÖkotrophologInnen). Mit dabei sind auch die Mitarbeiterinnen der Ende 2008 in den Regierungen neu eingerichteten »Vernetzungsstellen Schulverpflegung«.

Das Veranstaltungsprogramm der Tagung »Gesunde Schulverpflegung in Bayern« und die Zusammenfassung der Tagungsergebnisse stehen zum Download unter: www.oeko-akademie.de

Interessierte GEW-KollegInnen wenden sich bitte an:

Thomas Ködelpeter, Ökologische Akademie e. V.,
Baiernrainer Weg 17, 83623 Dietsramszell/Linden,
Tel.: 0 80 27-17 85,
E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de

Interessante Veranstaltungen ab Juni 2009

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: sg@bayern.gew.de

15.06.09	Kathrein und Döser – Profiteure der Nazis? Die Verstrickung Rosenheimer Unternehmer beleuchtet Prof. Dr. Klaus Weber auf einer Veranstaltung der GEW Rosenheim (Näheres siehe unten.)	Vortrag mit Diskussion	Rosenheim Schützenhaus, Küpferlingstr. 62 20.00 Uhr
19.-20.06.09	Neumitgliederseminar. ** Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen. Dieses Mal mit Kanu-Tour! Mit Moni Hartl und Silke Fischer.	Seminar mit Kanu-Tour	Hammelburg Hotel zum Engel
24.06.09	Psychoterror und Stress am Arbeitsplatz. Mit Prof. Dr. Klaus Weber, von der Fachhochschule München. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus 19.00 Uhr
29.06.09	Steuer- und Finanzpolitik. Es referiert Claudia Kasten von attac. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
04.07.09	Eine Schule für alle – Migrantenkinder in einem gerechten Schulsystem. Eine Tagung für GEW-Mitglieder und Interessierte mit Anne Ratzki u. a.	Referate und Arbeitsgruppen	München DGB-Haus
08.07.09	Auf ein Wort: Bildung ist MehrWert. Ilse Schaad vom GEW-HV wertet die Tarifrunde aus und spricht über weitere Perspektiven der Tarifpolitik. Veranstalter: GEW Aschaffenburg.	Informationsabend	Aschaffenburg Martinushaus, Treibgasse 26 20.00 Uhr
10.07.09	outside in – 1992 auf der Straße, 2009 im KunstLANDing. Ausstellungsführung mit Elisabeth Claus, Verant.: GEW-Aschaffenburg	Sommerfest der GEW	Aschaffenburg Neuer Kunstverein, 18.00 Uhr
11.07.09	Schulsozialarbeit in Bayern. Grundsätze und Perspektiven. Mit Herbert Bassarak und Hermann Rademacker. Für GEW-Mitglieder.	Fachgespräch	München DGB-Haus, 14.00 - 16.00 Uhr
16.07.09	Zeitbombe Demographie? Mit Michael Schlecht, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik bei Verdi. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
17.-19.07.09	Den Übergang vom Beruf in den Ruhestand und das nachberufliche Leben aktiv gestalten. */** Mit Heike Baumgart und Hans-Wilfried Kuhlen. Für GEW-Mitglieder und PartnerInnen. (s. unten)	Workshop	Kallmünz/Traidendorf Tagungshaus Hammerschloss
24.-25.07.09	Mehr Zeit für Wesentliches. */** Gegen die Tyrannei der Dringlichkeit. Mit Werner Dießner. (Näheres s. nächste Seite unten.)	Seminar	Bamberg Center Hotel
01.-02.08.09	Wir haben die Krise! Was nun? */** GEW-Sommerseminar mit Dr. Joachim Bischoff.	Seminar	Haimbuchenthal Hotel Christel

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, bitte per E-Mail anfordern. Ein Eintrag in die Mailinglist ist jederzeit widerruflich!

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87

** Teilnahmegebühr

Zum Übergang vom Beruf in den Ruhestand

Überlegungen und Vorschläge zur aktiven Gestaltung des nach-beruflichen Lebens. Workshop für angehende RuheständlerInnen und ihre PartnerInnen.
Mit H. Baumgart und H.-W. Kuhlen

17. - 19. Juli 2009 im Tagungshaus Hammerschloss, 93183 Kallmünz

Dieser Workshop wurde für Kolleginnen und Kollegen entwickelt, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden und die sich auf diese Umbruchsituation und die »Zeit danach« vorbereiten wollen.

Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen weiß der Workshop-Leiter, wie sinnvoll und notwendig es ist, die Partnerin/den Partner in diese Vorbereitung einzubeziehen. Deswegen wurde der Workshop so angelegt, dass sowohl Einzelpersonen als auch Paare mit Gewinn daran teilnehmen können. Bei letzteren macht es keinen Unterschied, ob zum Beispiel beide Personen gleichzeitig in Ruhestand gehen; die eine Person pensioniert wird, während die andere noch längere Zeit arbeiten wird; oder ob vielleicht einer/eine sich bereits im Ruhestand befindet.

Zielstellung

Systematische Reflexion der mit dem Übergang verbundenen neuen Herausforderungen, Chancen und auch Schwierigkeiten. Austausch von Erfahrungen und gemeinsames Erarbeiten von Antworten auf die Frage »Wie will ich, wie wollen wir in den nächsten Jahren leben?«

Themen

- Abschied vom Beruf
- Übergangsphase/Eintritt in den Ruhestand
- Leben nach dem Beruf

Informationen

- Politische, statistische und andere gesellschaftlich relevante Daten zur Demografie und den Veränderungen im »Dritten Lebensabschnitt«
- Aktivität und Engagement im Ruhestand, Beispiele für Möglichkeiten innerhalb und auch außerhalb der GEW

Methoden

Impulsreferate, Berichte und Erfahrungsaustausch, Kleingruppen, Plenum, kreative Techniken. In Abstimmung mit Interessen, Erfahrungen, Wünschen und auch Befürchtungen der TeilnehmerInnen wird sowohl prozess- als auch ergebnisorientiert gearbeitet.

Anmeldungen:

GEW Bayern, Susanne Glas,
Schwanthalerstr. 64 • 80336 München
Tel. 0 89-54 40 81 16
E-Mail: sg@bayern.gew.de

Kathrein und Döser – Profiteure der Nazis?

Der Rosenheimer Antennenhersteller Kathrein ließ zahlreiche ZwangsarbeiterInnen ohne Lohn für die Erhöhung des eigenen Profits arbeiten. An der Stiftungsinitiative zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, beteiligte sich die Kathrein AG nicht. Der Sohn des damaligen SA- und NSDAP-Mitglieds weigert sich bis heute, die Verstrickungen in das NS-Regime zuzugeben. Bis heute hat das ortsansässige »Oberbayerische Volksblatt« (OVB) darüber eine Nachrichtensperre verhängt. Der Großvater des heutigen Verlegers Oliver Döser, Alfons Döser, hat die Übernahme des OVB aus dem katholischen Zeitungsblick im Jahre 1934 gezeugnet und behauptet, er habe sich erst nach 1945 in das Geschäft eingemischt. Wie Döser (ebenfalls NSDAP-Mitglied) die Zwangslage des damaligen Herausgebers Heinrich Bergmann, der im KZ Dachau saß, ausnutzte, um sich die Zeitung unter den Nagel zu reißen, ist bis heute unerzählt geblieben.

Prof. Dr. Klaus Weber hat recherchiert und berichtet auf einer Veranstaltung der GEW Rosenheim. Wegen des großen Zuspruchs von 120 Besuchern wird die Veranstaltung nun wiederholt.

15. Juni 2009, 20.00 Uhr
Rosenheim,
Schützenhaus, Küpferlingstr. 62

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch und Vorstands-Treff, Podium, Gerberplatz 1, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de